Weiße Punkte.

Die Wiederentdeckung der historischen Stadtkerne

Brandenburgische
Landeszentrale für
politische Bildung

Historische Stadtkerne
im Land Brandenburg

Wende

Punkte.

WendePunkte. Die Wiederentdeckung der historischen Stadtkerne

Brandenburgische
Landeszentrale für
politische Bildung

Historische Stadtkerne
im Land Brandenburg

Inhalt

Michael Knape
Vorwort 6

Dr. Martina Weyrauch
Vorwort 8

Hathumar Drost
WendePunkte 10
Beteiligung der »Arbeitsgemeinschaft Städte mit historischen Stadtkernen« am Kulturland-Themenjahr 2009

Manfred Görtemaker
Der politisch-administrative Umbruch nach 1989 und die Rettung der historischen Stadtkerne 14

Michael Bräuer
Zur Entstehung des Programms Städtebaulicher Denkmalschutz 20

Ernst Wipprecht
Erhaltung brandenburgischer Altstädte während der DDR-Zeit – eine ständig hoffnungsloser werdende Aufgabe 26

Günter Köpping
Stadtplanung und Denkmalschutz in der DDR am Beispiel der Stadt Jüterbog 36

Hans-Joachim Stricker, Corinna Wilhelm
Zwei Jahrzehnte Stadterneuerung unter dem Vorzeichen der kommunalen Demokratie 44

Elfi Czaika
Wendepunkte im Umgang mit der historischen Stadt 50
Burg Eisenhardt – Wahrzeichen über der Stadt Belzig

Joachim Müller
Zwanzig Jahre Stadtsanierung, eine Erfolgsgeschichte 56
Aspekte und Perspektiven aus Brandenburg an der Havel

Sascha Bütow, Felix Henze
»Unsere Stadt ist nicht das, was sie sein müsste.« 64
Die Wiederentdeckung des historischen Schloss- und Klosterareals Doberlug

Markus Hennen, Norbert Jannek
Jüterbog – »Wir bleiben« 70

Rainer Lehmann
Einfluss der gesellschaftlichen Veränderungen auf die städtebauliche Entwicklung der Altstadt Kyritz 78

Margit Hülsebeck
Lenzen (Elbe): Vom Rande der DDR in die Mitte Europas 86

Markus Hennen
Geht es um Bananen oder mehr? 94

Heinz-Dieter Heimann
Was bleibt? Zur Rückkehr der »alten Stadt« in das kulturelle Gedächtnis 100

Jürg Sulzer
Historische Innenstädte im Jahr 2030 104
Nationale Stadtentwicklungspolitik bringt Prosperität für die Städte

Uta Walch
Zeitzeugenporträts
Heidrun Fleege 18 | *Saskia Hüneke* 24 | *Lutz Köhler* 34 | *René Koht* 42 | *Knut Krüger* 48 | *Harry Müller* 54 | *Manfred Richter* 62 | *Klaus Rother* 68 | *Hans-Georg Schulz* 76 | *Thomas Wardin* 84 | *Wolfgang Zimmermann* 92

Die Autoren 110
Bildnachweis 114
Abkürzungen 116
Impressum 118

Vorwort

Die politische Wende im Herbst 1989, deren zwanzigjähriges Jubiläum wir in diesem Jahr begehen dürfen, stellte für die historischen Stadtkerne noch einen ganz besonderen Wendepunkt dar: Die Wende im Umgang mit der historischen Bausubstanz. Über Jahrzehnte sahen in der DDR die Planungen für Altstädte in der Regel den Flächenabriss und Neubebauung vor. Glücklicherweise kamen diese Pläne in vielen Städten kaum zur Realisierung. Vielmehr stellten sich die historischen Stadtkerne 1989 als baulich geschlossene, aber in hohem Maß verfallene Bausubstanz dar. Dieser Zustand der Altstädte war einer der Anlässe für die politischen Proteste. In der Folge der Umbrüche eröffneten sich endlich Chancen, die Stadtkerne mit ihrer historischen Struktur und Bausubstanz zu bewahren und im Sinne einer erhaltenden Weiterentwicklung zu modernisieren. Innerhalb kurzer Zeit wurden die Weichen für die Stadtentwicklung der Städte mit historischen Stadtkernen neu gestellt. Bereits 1992 gründete sich die Arbeitsgemeinschaft »Städte mit historischen Stadtkernen« des Landes Brandenburg, um den Erfahrungsaustausch über die denkmalgerechte Altstadterneuerung zu sichern. Heute sind alle diese Altstädte in einem so guten baulichen Zustand, wie ihn noch im Sommer 1989 wohl niemand für möglich gehalten hätte.

In der Situation 1989 hing die Zukunft der historischen Stadtkerne häufig vom couragierten Handeln Einzelner in der Bürgerschaft und in der Verwaltung ab, die die Bedeutung der historischen Bauten trotz ihres desolaten Zustandes erkannten. Stellvertretend für diese Menschen, die mit sehr persönlichem Einsatz die denkmalgerechte Altstadterneuerung in Gang setzten, werden in diesem Band Persönlichkeiten aus einigen Mitgliedsstädten der Arbeitsgemeinschaft

vorgestellt. Ihr Engagement war ausschlaggebend für die Rettung unserer Altstädte.

Die historischen Stadtkerne sind heute der Stolz der Städte. Die wiederhergestellte historische Bausubstanz prägt die Stadtkerne und ist bereits so selbstverständlich, dass nun vor allem der noch verbleibende Handlungsbedarf ins Auge fällt. Hier lohnt der Blick auf die Ausgangssituation. Die in den vergangenen 20 Jahren wiedergewonnene Qualität der Altstädte kann und soll ermutigen. Die Instandsetzung und Nutzung noch immer unsanierter, oft von besonderen Problemlagen betroffener historischer Bauten kann nur mit fortdauerndem Engagement und langem Atem bewältigt werden – Engagement von Politik und Verwaltung, aber in besonderer Weise auch aus der Bürgerschaft. Ich wünsche uns, dass die Leser dieses Buches sich anstecken lassen von der Kraft und Kreativität, die unsere Altstädte seit 1989 zu dem werden ließen, was sie heute sind, und die Möglichkeiten entdecken, die noch in ihnen stecken und das Leben in unseren Städten weiter bereichern können.

Michael Knape
Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft »Städte mit historischen Stadtkernen« des Landes Brandenburg

Vorwort

»Wir schaffen einen neuen Geist …« diese Maxime, die Walter Ulbricht nicht nur für Potsdam ausrief, war nicht selten der Grund, die gewachsenen Altstädte in der DDR nach dem Krieg nicht wieder aufzubauen, sie im Gegenteil zu vernachlässigen oder gar abzureißen. Mit der Zerstörung historischer Sichtachsen, einmaliger Symbiosen von Landschaft und Architektur sollten die alten Gesellschafts- und Machtverhältnisse gleich mit vernichtet werden.

Nur teilten viele Bürger diesen Geist nicht, so dass der politische Zusammenbruch der DDR auch von Menschen herbeigeführt wurde, deren Politisierung sich am bewusst verursachten Niedergang ihres Lebensumfeldes festmachen lässt.

Zwanzig Jahre danach lohnt es sich, auch an diese Facetten der Friedlichen Revolution zu erinnern, dabei aber auch die differenzierten, teils kontroversen Positionen der damaligen Akteure zuzulassen und nicht zu nivellieren.

Dass eine Arbeitsgemeinschaft »Städte mit historischen Stadtkernen« des Landes Brandenburg das Vermächtnis der selbstbestimmten Aktionen des Herbstes 1989 weiterträgt und die Mühen der Ebene nicht scheut, zeigt die Stärke der Bürgergesellschaft in Brandenburg.

Das Buch bewahrt Menschen und Ereignisse vor dem Vergessen, Geschichte wird wiederentdeckt, verschüttete Identität wiedergewonnen. Es ist Bestandsaufnahme und Befund für die heutige Situation, wo es Spaß macht, Städte mit historischen Stadtkernen zu erkunden und zu bereisen. Dass dies eine besonders sinnliche Form der politischen Bildung ist, freut mich besonders.

Dr. Martina Weyrauch
Leiterin der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung

Treuenbrietzen 2008

Hathumar Drost

WendePunkte

Beteiligung der »Arbeitsgemeinschaft Städte mit historischen Stadtkernen« am Kulturland-Themenjahr 2009

Die Arbeitsgemeinschaft »Städte mit historischen Stadtkernen« des Landes Brandenburg ist ein Kind des politischen Umbruchs von 1989. Ein Elternteil ist die wiedererlangte kommunale Eigenständigkeit und damit die den Städten zugekommene Chance, die Erhaltung des baukulturellen Erbes selbst in die Hand zu nehmen. Der andere Elternteil ist das erfolgreiche Beispiel der kommunalen Zusammenarbeit von Städten mit historischen Stadtkernen im Brandenburger Partnerland Nordrhein-Westfalen. Geburtshelfer der Arbeitsgemeinschaft war das Programm Städtebaulicher Denkmalschutz – ein Bund-Länder-Programm der Städtebauförderung, das bis heute die wesentliche Finanzierungsquelle bei der erhaltenden Stadterneuerung darstellt.

Das Wende-Jubiläumsjahr 2009 forderte geradezu zum Rückblick auf die Wurzeln des städtebaulichen Denkmalschutzes in den Brandenburger Stadtkernen auf, wobei das Kulturland-Themenjahr 2009 unter dem Titel »Demokratie und Demokratiebewegungen« der wesentliche Impulsgeber war. Der Kulturland Brandenburg e.V. ruft jährlich zur Förderung der Kultur im Land Brandenburg Themenjahre unter wechselndem Motto aus. Ziel ist es, Kulturinstitutionen des Landes miteinander zu vernetzen, benachbarte Kulturregionen mit Brandenburg zu verknüpfen und das kulturelle Erbe des Landes den Brandenburgern und den Touristen auf zeitgemäße Weise zugänglich zu machen. Die Aktivitäten von Kulturland Brandenburg haben seit 1998 weit über 1,5 Millionen Besucher angezogen. Unsere Arbeitsgemeinschaft beteiligte sich 2009 bereits zum sechsten Mal in Folge an dieser hervorragenden kulturpolitischen Initiative. In den vergangenen Jahren haben wir, jeweils passend zu den Kulturlandthemen, unseren Fokus u.a. auf Kirchen in

historischen Stadtkernen, auf Straßen und Plätze, auf Wasser in der alten Stadt und auf Bürgerbauten gerichtet.

Uns war zunächst nicht bewusst, dass der Rückblick auf das Jahr 1989 wesentlich schwerer sein würde als die Betrachtung von Kirchengeschichte(n), historischen Stadtgrundrissen und anderen Aspekten der Stadtentwicklung, die wir in den vergangenen Jahren in Ausstellungen und Veranstaltungen präsentieren und vertiefen konnten. Aber bereits bei unserem ersten Treffen mit Professor Dr. Görtemaker und Professor Dr. Heimann von der Universität Potsdam und noch wesentlich stärker bei der ersten Zusammenkunft mit den Vertretern interessierter Mitgliedstädte wurde deutlich, wie unterschiedlich die Interpretationen dieser jungen Geschichtsereignisse sind. Abhängig von der jeweils persönlichen Beteiligung und Einbindung in die die Jahre 1988, 1989 und 1990 prägenden Ereignisse sind die Einschätzungen zur Bedeutung, die der Verfall der historischen Altstädte für die Menschen in der DDR hatte, unterschiedlich. Fest steht, dass sich die Ursachen für den Abriss von stadtbildprägenden Quartieren, Straßenzügen und Einzelobjekten nicht, wie vielfach vereinfacht dargestellt, ausschließlich als logische Folge der DDR-Misswirtschaft ableiten lassen.

Im Ergebnis der ersten Diskussionen wurde klar, dass wir zur Vermeidung verfäl-

Ausstellungseröffnung »WendePunkte« in Lenzen

Ausstellungseröffnung »WendePunkte« in Doberlug

schender Verallgemeinerungen lediglich anhand von einzelnen Ereignissen, anhand von konkreten Orten und Gebäuden und am Beispiel der Handlungsoptionen einzelner Personen ausgewählte Einblicke geben können und wollen. Der mehrdeutige Begriff der »WendePunkte« schien uns dafür besonders passend. »WendePunkte« sind exemplarische Orte, an denen Bürgerproteste stattfanden, »runde Tische« etabliert und/oder die erhaltende Stadterneuerung und damit die Rettung der historischen Bausubstanz ermöglicht wurde.

Die sieben Ausstellungen und zahlreichen Veranstaltungen in den Mitgliedsstädten Belzig, Brandenburg an der Havel, Doberlug-Kirchhain, Kyritz, Lenzen (Elbe), Jüterbog und Wittstock/Dosse vermittelten vom Frühjahr bis zum Spätherbst den Wandel von historischen Schauplätzen, die Bedeutung von Alltagskultur, Interessen und Lebensstilen für den Umgang mit der historischen Substanz; sie gaben Einblick in die Erneuerungsaktivitäten zu DDR-Zeiten, skizzierten die demokratischen Strukturen vor und nach dem Umbruch anhand stadtbildprägender Bauwerke und erläuterten die »WendePunkte« in Vorher-Nachher-Gegenüberstellungen. Einzelne Beiträge in diesem Band sind von den Ausstellungsmachern in den sieben Kulturlandstädten des Jahres 2009 verfasst.

Auch mit unserer Aktion »Denkmal des Monats« haben wir im Jahr 2009 Bezug auf

WendePunkte in 12 Mitgliedsstädten genommen und im Rahmen der Schaustelle Stadtkern im Oktober konnten Bewohner und Besucher aller Städte Bezüge zum Wendejahr 1989 erkunden und erleben.

Jeder Einzelne – auch die Leserin und der Leser dieses Bandes – mag für sich entscheiden, inwieweit es uns mit unserer Kulturlandbeteiligung gelungen ist, dem Anspruch gerecht zu werden, die Bedeutung des Jahres 1989 für die jüngste Geschichte unserer historischen Stadtkerne aufzuzeigen und damit einen Beitrag zur Einordnung der eindrücklichen Rettung der Altstädte in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft zu leisten.

Was sich bereits in der Vorbereitung angedeutet hat, hat sich für uns im Laufe des Jahres bestätigt: Im Hinblick auf die Bewertung der Erfolge der vergangenen 20 Jahre besteht ein hohes Maß an Einvernehmen. Hingegen werden die Ursachen für den Umgang mit den Altstädten in der DDR und die damaligen Möglichkeiten, auf die Bewahrung des bauhistorischen Erbes Einfluss zu nehmen, höchst unterschiedlich bewertet bzw. sind (noch) selten Diskussionsgegenstand. Vielleicht sind 20 Jahre eine zu kurze Zeitspanne, um – sofern der Einzelne persönlich betroffen bzw. beteiligt war – mit nüchternem Abstand Zusammenhänge und Wirkungen zu reflektieren. Umso wichtiger ist uns die WendePunkte-Zwischenbilanz, zumal mit jedem Jahr weitere Vertreter der kommunalen Ebene, die maßgeblich an den ersten wichtigen Schritten zur Erhaltung und Erneuerung der historischen Stadtkerne nach dem Wendejahr 1989 beteiligt waren, altersbedingt aus dem Amt scheiden. Zudem ist und bleibt es eine zentrale Verpflichtung der Arbeitsgemeinschaft, jungen Menschen, die die historische Stadtkerne bedrohende Situation im Jahr 1989 aus dem persönlichen Leben nicht mehr nachvollziehen können, den Stellenwert des bauhistorischen Erbes für ihre eigene Verortung im Brandenburger Lebensalltag zu veranschaulichen.

Allen Mitwirkenden in den Kulturland-Städten und den übrigen Mitgliedsstädten, den Autoren dieses Buches und den Zeitzeugen gilt es zu danken; ebenso der Landeszentrale für politische Bildung und dem Kulturland Brandenburg e.V. für die Unterstützung und nicht zuletzt dem Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung des Landes Brandenburg, das durch die Bereitstellung von Lottomitteln diese Publikation ermöglicht hat. ■

Manfred Görtemaker

Der politisch-administrative Umbruch nach 1989 und die Rettung der historischen Stadtkerne

Als sich im Herbst 1989 eine Zeitenwende vollzog, die bereits wenig später zum Zusammenbruch der sowjetischen Herrschaft in Ostmitteleuropa und zur Wiedervereinigung Deutschlands führen sollte, wurde bald deutlich, dass dies zugleich die Geburtsstunde eines neuen Landes Brandenburg sein würde. Bereits seit Dezember 1989 fanden Beratungen auf höchster Ebene über die künftige Struktur einer reformierten DDR statt, um die politische Zentralisierung, die unter anderem 1952 zur Abschaffung der Länder geführt hatte, rückgängig zu machen und traditionelle regionale Bezüge soweit wie möglich wiederherzustellen. Auch die Provinz Brandenburg, die erst im Juli 1947 – nach der formellen Auflösung Preußens durch das Kontrollratsgesetz Nr. 46 vom 25. Februar 1947 – in »Land Brandenburg« umbenannt worden war, hatte durch die Aufteilung in die Bezirke Cottbus, Frankfurt/Oder und Potsdam nicht nur ihren Zusammenhalt, sondern auch ihre Identität verloren. Obwohl sich die drei Bezirke »aus der Binnenperspektive betrachtet«, wie Peter-Michael Hahn in seiner jüngst erschienenen »Geschichte Brandenburgs« schreibt, »in den vierzig DDR-Jahren trotz erheblicher Anlaufschwierigkeiten … respektabel entwickelt«[1] hatten, gab es auch hier Bestrebungen, zu den historischen Verwaltungsbeziehungen zurückzukehren und der regionalen Identität wieder zu ihrem Recht zu verhelfen. In Potsdam wurde daher im Februar 1990 ein »Koordinierungsausschuss« gebildet, der es sich zur Aufgabe machte, die Bildung eines neuen Landes Brandenburg vorzubereiten.[2]

Mit dem Tag der Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 wurde das Land Brandenburg schließlich neu gegründet. Die Bezirke Cottbus (ohne die Kreise Hoyerswerda, Jessen/Elster und Weißwasser), Frankfurt/Oder und Potsdam zuzüglich der Kreise Perleberg,

Prenzlau und Templin wurden zusammengelegt. Der neue Brandenburgische Landtag trat am 26. Oktober 1990 zu seiner ersten Sitzung zusammen. Eines der ersten Gesetze, das er verabschiedete, war das Brandenburgische Denkmalschutzgesetz vom 22. Juli 1991. Dafür gab es gute Gründe. Denn die Folgen der SED-Baupolitik waren – auch ohne den häufig strapazierten Ost-West-Vergleich – gerade bei den historischen Gebäuden für jedermann sichtbar. Dies galt nicht zuletzt für die historischen Stadtkerne, die sich fast überall in einem beklagenswerten Zustand befanden.[3]

Nach der Wende stand dem drohenden Verfall der Städte und Gemeinden zunächst eine rasante Neubautätigkeit gegenüber, »bei der als Reaktion auf die lange Zeit der Stagnation Altes oft zu rasch und unbedacht vernichtet wurde«[4]. Dies änderte sich erst mit der Wiederherstellung des kommunalen Selbstverwaltungsrechts, mit dem an die preußische Städteordnung des Reichsfreiherrn vom und zum Stein vom 19. November 1808 angeknüpft wurde. Die Städte wurden dadurch wieder in die Lage versetzt, über die Stadtentwicklung und den Umgang mit der historischen Bausubstanz selbst zu bestimmen und entsprechend zu planen, nachdem die SED-Führung 1952 im Sinne ihres zentralistischen Herrschaftsverständnisses die kommunale Selbstverwaltung praktisch aufgehoben hatte.

Mit der Amtsordnung vom 19. Dezember 1991, dem Gesetz zur Neugliederung der Kreise und kreisfreien Städte vom 24. Dezember 1992 und der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg vom 15. Oktober 1993 wurden nun leistungsstarke Strukturen geschaffen, in denen das Recht zur kommunalen Selbstverwaltung engagiert wahrgenommen werden konnte. Nicht zuletzt wurden dadurch entscheidende Weichen gestellt, die historische Bausubstanz durch eine behutsame Stadterneuerungspolitik zu erhalten oder wiederherzustellen.[5] Die Kommunen wurden dabei von der Arbeitsgemeinschaft »Städte mit historischen Stadtkernen« des Landes Brandenburg unterstützt, die am 22. Mai 1992 gegründet worden war. Gesetzliche Grundlage der Zusammenarbeit in der Arbeitsgemeinschaft ist das Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit. Nur solche Städte können Mitglied der Arbeitsgemeinschaft werden, deren historischer Stadtkern gezielt erneuert und gestärkt wird. Dies bedeutet, dass vor Ort die Bereitschaft vorhanden sein muss, die Ziele der erhaltenden Stadterneuerung und des Denkmalschutzes durchzusetzen und damit der Binnenentwicklung Priorität einzuräumen.

Die Idee zur Gründung einer Einrichtung zur Rettung der historischen Stadtkerne war nicht neu. Schon 1973 hatten sich die Städte Bamberg, Lübeck und Regensburg zur sogenannten »Arbeitsgemeinschaft Ba-Lü-Re« zusammengeschlossen, um »Möglichkeiten auszuloten und Denkanstöße zu geben, wie der gesamtheitliche Erhalt der historischen Altstädte im Einklang mit wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Entwicklungen erreicht werden« könne.[6] In die Brandenburgische Arbeitsgemeinschaft wurden zunächst 19 Städte aufgenommen; inzwischen beträgt ihre

Zahl 31. Kernaufgabe der Zusammenarbeit ist zum einen der Erfahrungsaustausch über die Stadterneuerung, zum anderen die Sanierung von Denkmalobjekten. Darüber hinaus trägt eine gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit sowie die Qualifizierung des touristischen Marketings in den Mitgliedsstädten dazu bei, über öffentlichkeitswirksame Aktionen Bürger und Gäste für die Einzigartigkeit der historischen Stadtkerne zu sensibilisieren. Dazu zählen zum Beispiel die monatliche Auszeichnung eines Denkmals, der »Historische Adventskalender« und die »Schaustelle Stadtkern« sowie die Beteiligung der Arbeitsgemeinschaft an den Themenjahren der Kulturlandkampagnen.

Unterstützt werden die Mitgliedsstädte der Arbeitsgemeinschaft durch das Bund-Länder-Programm »Städtebaulicher Denkmalschutz«. Dieses Programm und das Wirken der Arbeitsgemeinschaft für den Erhalt der historischen Stadtkerne haben sich für das Land Brandenburg inzwischen sichtbar gelohnt. Nach Jahrzehnten der Vernachlässigung und des Verfalls bekam der Erhalt und die Erneuerung der historisch gewachsenen Innenstadtstrukturen einen zentralen Stellenwert. Der Vergleich mit der Ausgangssituation der Erneuerungsgebiete im Jahr 1989/90 zeigt, dass der drohende Verlust ganzer historischer Quartiere durch die gezielte Städtebauförderung verhindert werden konnte. Dieser Erfolg wäre ohne den Umbruch von 1989/90 kaum denkbar gewesen. ■

Quellen

1 Peter-Michael Hahn, Geschichte Brandenburgs, München 2009, S. 115.

2 Vgl. hierzu ausführlich Sieglinde Reinhardt, Der Landtag Brandenburg 1989 bis zur Gegenwart, in: Geschichte der Brandenburgischen Landtage. Von den Anfängen 1823 bis in die Gegenwart, hg. von Kurt Adamy und Kristina Hübener in Verbindung mit dem Brandenburgischen Landeshauptarchiv (Brandenburgische Historische Studien, Bd. 3), Potsdam 1998, S. 327 ff.

3 Hans-Joachim Meyer, Zwischen Palast und Platte, in: Verfallen und vergessen oder aufgehoben und geschützt. Architektur und Städtebau der DDR – Geschichte, Bedeutung, Umgang, Erhaltung. Dokumentation der Tagung des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz am 15./16. Mai 1995 in Berlin (Schriftenreihe des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz, Bd. 51), Bonn 1995, S. 12.

4 Johanna Wanka, Vorwort der Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg, in: Denkmalpflege im Land Brandenburg 1990–2000. Bericht des Brandenburgischen Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseums, Bd. 1, Worms am Rhein 2001, S. V.

5 Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Brandenburg, Teil 1, Nr. 29 vom 29. Dezember 1992, S. 546 ff.

6 BIG-Städtebau in Brandenburg (Hg.), Stadterneuerung Brandenburg, Perleberg 2000.

Beeskow 2008

Heidrun Fleege, Jahrgang 1947, als Architektin beim Wohnungsbaukombinat Potsdam mit Neubau befasst, hat ein besonderes Interesse auch an historischen Bauten und ist nach Feierabend beruflich für Kirchen und Private tätig. Mehr und mehr in Sorge um das Schicksal der Altstadt von Brandenburg an der Havel gründet sie 1985 mit Gleichgesinnten die Interessengemeinschaft Denkmalpflege unter dem Dach des Kulturbundes. In vielen Gesprächen mit dem Rat der Stadt und dem Institut für Denkmalpflege der DDR verhindert die Interessengemeinschaft immer wieder geplante Abbrüche. Die Ruine der Johanniskirche und zahlreiche Altstadthäuser bleiben dadurch unangetastet. Sie begehen und begutachten historische Gebäude, um dem Rat der Stadt Hinweise zu geben, welche Häuser dringender Erhaltungsmaßnahmen bedürfen. Darüber hinaus schreiten sie zur praktischen Tat. Zum Beispiel bergen sie die aus der Stadtmauer herausfallenden Klosterformat-Steine und lagern sie ein. Die Steine finden nach 1990 bei Restaurierungen wieder Verwendung.

»Ich habe einfach gemeint, man müsse etwas tun.«

»Es waren viele kleine Aktionen, und wir wurden immer mehr. Es ging uns damals einfach um die Sache – die historischen Bauten sollten nicht verloren gehen. In den vergangenen 20 Jahren konnte ich dann auch selbst so manche Sanierung und Lückenschließung planen und leiten. Inzwischen ist die Altstadt von Brandenburg richtig gut entwickelt. Ich finde die Altstadt ganz besonders schön.«

Michael Bräuer

Zur Entstehung des Programms Städtebaulicher Denkmalschutz

Im Denkmalschutzgesetz der DDR von 1975 waren der Begriff und der Status der »Städtebaulichen Denkmalpflege« aus heutiger Sicht durchaus beispielhaft formuliert. Zu dieser Zeit wurde der Denkmalbestand der DDR auf etwa 50.000 Baudenkmale geschätzt. Besonders hervorgehoben wurde der Wert von etwa 700 Altstädten, davon 200 von besonderem historischen Wert, und darin enthaltenen etwa 15.000 Einzeldenkmalen. Der im Gesetz verwendete Denkmalbegriff war umfassend und beinhaltete auch »Denkmale des Städtebaus und der Architektur, wie Stadt- und Ortsanlagen, Straßen- und Platzräume, Stadtsilhouetten und Ensembles usw.«.

Das Gesetz ermöglichte die Ausweisung von »Denkmalschutzgebieten« und »Denkmalschutzbereichen«. Eine erste inhaltliche Aufwertung erfuhren auf dieser Grundlage in vielen Städten ausgewählte Innenstadtbereiche, die zu »Fußgängerzonen«, manchmal in Umdeutung des eigentlichen Begriffs auch »Boulevard« genannt, um- und ausgebaut wurden, teilweise recht attraktiv waren und von der Bevölkerung in starkem Maße angenommen wurden. Vielerorts erhöhte sich aber der Kontrast zwischen diesen Bereichen und den unmittelbar angrenzenden, von Leerstand und Verfall der Gebäudesubstanz geprägten Zonen.

Dieser Zustand war zur Zeit der Wende symptomatisch für viele Städte der DDR, besonders ausgeprägt aber für die Klein- und Mittelstädte, die nicht so im Interesse von Partei und Regierung standen und damit geringer vom Veränderungsdruck der Ideologen beeinflusst worden waren. Sie boten in besonderem Maße das Handlungsfeld für den Städtebaulichen Denkmalschutz und die Städtebauliche Denkmalpflege.

Diese Städte waren in der Regel nachweislich Altsiedelgebiete, welche beginnend

schon im 12. Jahrhundert zur Stadt ausgebaut worden waren. Sie hatten in den Jahrhunderten ihrer Existenz vielfach Zerstörungen z. B. durch Stadtbrände erlitten. Aber sie waren in ihren stadträumlichen Strukturen fast komplett erhalten. Auch die prägende Bausubstanz war zwar durch jahrzehntelange Vernachlässigung und wachsenden Leerstand in höchstem Maße gefährdet, aber weitgehend im Original noch vorhanden.

Die Problematik des zunehmenden Verfalls der historischen Innenstädte, die Unfähigkeit zu einer Bewahrung und Pflege der historischen Baubestände und die Gefahr des Eindringens des so genannten »Ersatzneubaus« in die Innenstädte hatten an vielen Orten den Widerstand der »bewegten Bürger« mit entfacht und getragen. Dem galt es, seitens der Politik mit geeigneten Maßnahmen Rechnung zu tragen.

In diesen Städten entwickelte sich nach der Wende rasch und intensiv die von den Bürgern mit Begeisterung aufgenommene und gestützte Stadterneuerung unter dem Motto, das schon in der Wendebewegung vorherrschte: »Rettet die Altstädte!«

Diese Bewegung aufzunehmen war die wichtigste Aufgabe der weiteren Entwicklung der Städte in den östlichen Bundesländern in den Jahren 1990 und 1991. Eine erste Stu-

Neuruppin 2008

Neuruppin 2008

fe wurde noch unter der DDR-Regierung im Ergebnis eines Regierungsabkommens mit der Bundesrepublik mit dem Modellstadtprogramm bereits ab Januar 1990 praktiziert. Die alte Hansestadt Stralsund, die alte Industriestadt Brandenburg an der Havel, die Kulturstadt Weimar und die alte Bischofsstadt Meißen sollten modellhaft den Sanierungs- und Erneuerungsprozess vorführen. Dabei wurden erfahrene Sanierungsträger aus den westlichen Bundesländern beigestellt, um den Erfahrungshintergrund der Stadterneuerung in den alten Bundesländern zu vermitteln. Als sich nach kurzer Zeit herausstellte, dass es zur Wiedereinführung der 1952 von der DDR aufgelösten fünf Länder kommen wird und mit den vier bisher benannten Städten alle neuen Länder außer Sachsen-Anhalt eine Modellstadt vorweisen konnten, wurde Halberstadt als weitere Modellstadt bestimmt. Es wurde in der Folge sehr schnell deutlich, dass diese Anzahl einbezogener Städte beim Umfang der zu lösenden Aufgabe absolut unzureichend war. So ergab sich folgerichtig nach der Bildung der neuen Länder im Herbst 1990 eine zweite Welle von Städten im Modellstadtprogramm. Im Januar 1991 kamen die Städte Güstrow, Tribsees, Cottbus, Görlitz, Jena, Mühlhausen und Naumburg hinzu. Die Modellstädte wurden bis Ende 1994 direkt durch das Bun-

desförderprogramm »Modellvorhaben der Stadterneuerung« vom Bund und unter Konsultation der Länder auf hohem Niveau gefördert und abschließend in eines der dann geltenden Förderprogramme »Städtebaulicher Denkmalschutz« oder »Allgemeine Städtebauförderung« übergeführt.

Dank der verdienstvollen Vorarbeit des Instituts für Denkmalpflege der DDR und seiner vier Arbeitsstellen in den bis 1952 funktionierenden ehemaligen Landeshauptstädten und der später in Erfurt hinzugefügten fünften Arbeitsstelle sowie engagierter Mitarbeiter in der Abteilung Stadtzentren des Instituts für Städtebau und Architektur der Bauakademie der DDR war bewusst, dass es über 200 Städte mit erhaltenen historischen Stadtkernen von internationaler, nationaler und regionaler Bedeutung gab und dass dieser hohen Anzahl mit der bis dahin angelaufenen Programmatik des Modellstadtprogramms nicht annähernd gerecht zu werden ist.

Es ist beispielhaft und kann nicht hoch genug geschätzt werden, wie sich das vereinigte Deutschland im Weiteren dieser anspruchsvollen nationalen Aufgabe annahm. Engagierte Persönlichkeiten in der Denkmalpflege, verantwortliche Mitarbeiter in Bundes- und Länderministerien und zielorientiert handelnde Politiker erfanden in der ersten Hälfte des Jahres 1991 das »Bund-Länder-Sonderförderprogramm Städtebaulicher Denkmalschutz«. Am 28. Juni 1991 verkündete die Bundesbauministerin Dr. Irmgard Schwätzer in Neuruppin dieses Programm. Gleichzeitig berief sie eine gesamtdeutsche, mit ausgewiesenen Fachleuten besetzte unabhängige Expertengruppe unter Leitung von Prof. Dr. Gottfried Kiesow zur fachlichen Begleitung des Programms und mit Beratungsauftrag für die Politik auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene. Diese Expertengruppe verabschiedete als erste Verlautbarung die »Neuruppiner Erklärung«. Von da an waren 92 Städte in das Programm Städtebaulicher Denkmalschutz, ein Programm der erhaltenden Stadterneuerung und der Einheit von Gebäude- und Stadtsanierung, aufgenommen.

Bis heute hat sich die Zahl der an dem Programm partizipierenden Städte auf 178 erhöht.

In den seit der Einführung vergangenen Jahren hat das Programm eine Schärfung seines Profils im praktischen Tun erfahren und sich als vor allem strategisches Konzept bewährt. Es ist eingebunden in das geltende Städtebaurecht über das Instrument der Erhaltungssatzung nach § 172 BauGB und ist privilegierter Programmbereich der Städtebauförderung. Privilegiert ist es auch dadurch, dass die Kommunen als Träger der Maßnahmen nur anteilig 20 Prozent der Kosten zu tragen haben, während der Bund und das jeweilige Land beide 40 Prozent übernehmen. Damit ist auch vielen kleinen Städten mit kulturell bedeutsamer Substanz und Kommunen in wirtschaftlich schwachen Regionen die Möglichkeit gegeben, zu verbesserten Bedingungen an dem Programm zu partizipieren. Und das ist für einige der heute im Programm Städtebaulicher Denkmalschutz geförderten Städte von größter Bedeutung. ■

Saskia Hüneke, Jahrgang 1953, als Kunsthistorikerin bei den Staatlichen Schlössern und Gärten in Potsdam tätig, engagiert sich in der 1988 unter dem Dach des Kulturbundes gegründeten Arbeitsgemeinschaft für Umweltschutz und Stadtgestaltung »ARGUS«. Gemeinsam mit Gleichgesinnten setzt sie sich 1989 bei der Stadtverwaltung und der SED-Kreisleitung für eine Beendigung der Abrisse in der Zweiten barocken Stadterweiterung in der Potsdamer Innenstadt ein. Ein entsprechender Beschluss wird am 1. November 1989 tatsächlich gefasst. Während an der Glienicker Brücke die Mauer geöffnet wird, sitzt Saskia Hüneke in einem Arbeitsgespräch bei ARGUS: Auch der Neubau des Theaters am Alten Markt muss gestoppt, ein Teil der Häuser dringend gesichert werden. Aus dem Westteil Berlins wird Material bereitgestellt, so können sie mit ARGUS schon im Dezember gefährdete Häuser winterfest machen.

»In den historischen Häusern steckt Lebensqualität – nur war sie damals nicht sichtbar«

»Ich habe dort gewohnt. Ich habe Verfall und bewusste Zerstörung gesehen. Erst kam der Leerzug, dann standen die Fenster offen – mit den erwarteten Folgen. Als abgerissen wurde, musste ich etwas tun. Damals war es schon toll, dass wir uns in einem Raum versammeln und uns Gehör verschaffen durften. Heute freue ich mich an dem, was geschafft ist. Besonders schön finde ich zum Beispiel die Lindenstraße. Aber wer kritisch denken gelernt hat, hört damit nicht auf. Und so hinterfrage ich auch heutige Entwicklungen und suche Verbündete. Noch immer macht es mir enorm Spaß, mich für den Erhalt der historischen Bauten, der Pflasterstraßen, der Stadtstruktur und Kulturlandschaft einzusetzen.«

Ernst Wipprecht

Erhaltung brandenburgischer Altstädte während der DDR-Zeit – eine ständig hoffnungsloser werdende Aufgabe

Wendezeit

Auf der ersten gemeinsamen Tagung von Denkmalpflegern aus Nordrhein-Westfalen und Brandenburg nach dem Zusammenbruch der DDR im Oktober 1990 in Rheinsberg stellte der Repräsentant der Obersten Denkmalschutzbehörde unseres Partnerlandes Nordrhein-Westfalen Paul Artur Memmesheimer fest: »... das Land Brandenburg besitze eine Fülle unversehrt erhaltener, zu revitalisierender bezaubernder Ortskerne und Stadtgefüge. Wenn es gelingt, sie erhaltend zu erneuern, werden Sie weit schönere alte Städte- und Ortsbilder haben als wir, die wir mühsam wieder herrichten; nicht etwa nur, weil der Krieg sie zerstörte, sondern weil völlig unqualifizierte Flächenabbrüche und maßlose Neubauklötze in den 60er und 70er Jahren viel an historischer Substanz untergehen ließen. (...) Daß man sich unsere Fehler nicht noch einmal leisten darf, müssen Sie den Politikern klarmachen!«[1]

Die Wiederholung derartiger Fehler im Land Brandenburg und in den anderen östlichen Bundesländern konnte erfreulicherweise nicht nur verhindert werden, vielmehr wurde die Altstadterhaltung dank klarer Bekenntnisse von Gesellschaft und Politik sowie insbesondere auch dank des 1991 geschaffenen Förderprogramms »Städtebaulicher Denkmalschutz« zu einer einzigartigen Erfolgsstory in den östlichen Bundesländern. Für Brandenburg hatte daran die im Mai 1992 gebildete Arbeitsgemeinschaft »Städte mit historischen Stadtkernen« ganz wesentlichen Anteil.

Hinsichtlich der Einschätzung von Memmesheimer, dass es in Brandenburg noch eine Fülle unversehrt erhalten gebliebener Stadt- und Ortsbilder gäbe, waren wir Denkmalpfleger aus dem Osten zunächst eher skeptisch. Hatten wir hier doch alle den immer dramatischer werdenden Verfall un-

Bernau, Altstadt, Blick von der katholischen Kirche nach Nordwest, Zustand vor Beginn der Umgestaltung, 1970er Jahre

serer Altstädte und historischen Dörfer sowie die zunehmenden Verluste an wertvoller Denkmalsubstanz aktiv miterleben müssen. So sollte beispielsweise noch in den späten 1980er Jahren die Ruine der Lieberoser Stadtpfarrkirche im Sinne von Beseitigung eines »Schandmals« abgetragen werden, was gottlob verhindert werden konnte. Während es in den 1960er Jahren sogar noch einige private Handwerksbetriebe gab, versiegten danach bald die letzten Quellen zur Gewinnung von geeigneten Baukapazitäten bzw. Handwerkern. Selbst die sogenannten »Feierabendbrigaden« standen schließlich nicht mehr zur Verfügung. Zwei Beispiele mögen die damalige Situation illustrieren: Für die dringend not-

wendige Außensanierung der Neuzeller Klosterkirche hatte die Katholische Kirche in den 1980er Jahren zwar eine Rohrrüstung aus dem Westen beschafft, doch konnten nun weder die verantwortliche Gemeinde Neuzelle noch die Denkmalpflege entsprechende Handwerker gewinnen. Für das Projekt »Ausbau des Marxwalder (Neuhardenberger) Schlosses zur Bezirkskulturakademie« nach Auszug der dortigen Zentralschule sah sich selbst der 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Frankfurt(O), Jochen Hertwig, der die Umsetzung des Vorhabens durchaus wünschte, nicht in der Lage, Baubilanzen oder Baumaterial zur Verfügung stellen zu lassen. Seine Empfehlung lautete: Bildet eine projektgebundene Baubrigade und holt euch von der BHG (Bäuerliche Handelsgenossenschaft) die notwendigen Baustoffe. Großprojekte, die internationale Anerkennung für die DDR versprachen, wie etwa Jubiläen, die mit berühmten Persönlichkeiten (Thomas Münzer, Martin Luther oder Karl Friedrich Schinkel) verbunden waren oder Aktivitäten im Rahmen von Arbeiterfestspielen o. ä. waren schließlich die einzigen Möglichkeiten für die Umsetzung größerer denkmalpflegerischer Aufgaben.

Märkische Altstädte nach dem Zweiten Weltkrieg

Brandenburgs Reichtum an Stadtdenkmalen besteht, abgesehen von einigen größeren Städten wie etwa Potsdam oder Brandenburg an der Havel, im Wesentlichen aus ländlich geprägten Städten in den verschiedenen Landschaften rings um Berlin. Insbesondere durch die rasante Entwicklung Berlins in der zweiten Hälfte des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts zur Weltstadt mit über 4 Millionen Einwohnern stagnierten die meisten anderen märkischen Städte in ihrer Entwicklung – im Gegensatz beispielsweise zu vielen Städten Sachsens oder des Ruhrgebietes. Viele märkische Städte konnten so aber ihren historischen Charakter bewahren.

Der Zweite Weltkrieg hatte auch die Mark Brandenburg mit großen Verwüstungen überzogen. Neben den Verlusten durch Fliegerangriffe waren es vor allem die Zerstörungen durch die lang anhaltenden Kampfhandlungen bei der »Schlacht um Berlin«. Besonders schwer betroffen waren die bis dahin noch geschlossen erhaltenen Altstädte von Beeskow, Brandenburg an der Havel, Cottbus, Eberswalde, Forst, Frankfurt an der Oder, Fürstenwalde, Gartz an der Oder, Guben, Lübben, Rathenow, Schwedt an der Oder, Seelow, Templin, Wriezen u. a., wo die Innenbereiche nahezu vollständig oder aber in ihren stadtbildprägenden Teilen in Schutt und Asche versanken. Aus dem Trümmermeer der einst blühenden Handels-, Messe- und Universitätsstadt Frankfurt an der Oder ragten nur noch wenige, meist selbst schwer beschädigte Hauptbauten auf. In Potsdam waren die Kernbereiche der barocken Residenzstadt völlig zerstört.

Glücklicherweise verlief das Schicksal anderer märkischer Städte, wie beispielsweise das von Altlandsberg, Angermünde, Bad Freienwalde, Dahme, Gransee, Herzberg, Jüterbog, Luckau, Mühlberg, Neuruppin, Perle-

berg, Rheinsberg, Treuenbrietzen oder Wittstock eher glimpflich – übrigens heute alles Mitglieder der AG »Städte mit historischen Stadtkernen«.

Ermutigender Beginn von Erhaltungs- und Wiederherstellungsaktivitäten in den ersten Nachkriegsjahren

Unmittelbar nach dem Kriegsende hatten die Wiederherstellung der Versorgungs- und Verkehrssysteme sowie die Wiederbelebung von Landwirtschaft und Industrie natürlich oberste Priorität. Gleichzeitig begannen in den zerstörten Städten aber auch umfassende Enttrümmerungs- und schwierige Reparaturarbeiten, die teilweise noch bis in die 1950er Jahre andauerten. Dringend musste Wohnraum nicht nur für die eigene, von der Zerstörung betroffene Bevölkerung, sondern auch für abertausende Flüchtlinge aus den früheren deutschen Ostgebieten bereitgestellt werden. Trotz dieser gewiss vordringlichen Aufgaben fanden sich aber immer wieder auch Bürger und Institutionen, die sich aufopferungsvoll für den Erhalt der vielen teilzerstörten und höchst gefährdeten Großbauten einsetzten. So fiel bereits 1946 die Entscheidung zum Wiederaufbau der Oberkirche in Cottbus, der allerdings erst in den späten 1980er Jahren abgeschlossen war. Bei der Frankfurter Marienkirche sollten dünne Stangengerüste den weiteren Einsturz von Gewölbeteilen verhindern, die nach der Zerstörung des alten Holz-Dachstuhls den Witterungsunbilden schutzlos ausgesetzt waren.

Frankfurt/Oder, Innenstadt nach den Zerstörungen von 1945

Was den Wiederaufbau der brandenburgischen Städte betrifft, so wurden auch dafür relativ früh entsprechende Planungen erarbeitet. In dieser Phase unmittelbar nach dem Krieg herrschte über die Form des Wiederaufbaus zunächst noch ein gewisser Pluralismus vor. In Brandenburg wurden sowohl traditionelle als auch moderne, von den städtebaulichen und architektonischen Überlieferungen weitgehend unabhängige Konzepte geplant und umgesetzt. Der von 1950-55 realisierte Wiederaufbau der Wilhelm-Staab-Straße in Potsdam galt »als erste Barockstraße in der Deutschen Demokratischen Republik und damit als Musterbeispiel (...). Zur selben Zeit wurde die »erste sozialistische Straße Berlins«, die Stalinallee, errichtet«[2] und ebenso im Kiefernwald an der Oder die heute unter Denkmalschutz stehende Wohnstadt für das 1950 gegründete Eisenhüttenkombinat Ost. Ein frühes Beispiel der Neubebauung von zerstörten Altstadtbereichen unter Wahrung des historischen Stadtgrundrisses war Beeskow. Schon im Juni 1946 lag dafür ein Aufbau- und Gestaltungsplan vor, nach dem 1947 ein erster Wohnhaus-Neubau errichtet wurde.

Bernau, Altstadt, Grünstraße, Blick nach Südwest, im Hintergrund Pulverturm, Zustand vor Umgestaltung um 1975

Im Gegensatz dazu wurde für die zwischen dem 25. April und 6. Mai 1945 hart umkämpfte Stadt Rathenow (80-90% Zerstörungsgrad) etwa gleichzeitig ein Bebauungsplan für die Altstadtinsel entwickelt, der städtebaulichen Ideen des Neuen Bauens verpflichtet war. Der von Otto Haesler und Karl Völker erarbeitete Aufbauplan konnte damals allerdings nur in Teilen umgesetzt werden. Die realisierte, auch architektonisch bemerkenswerte Bebauung steht heute unter Denkmalschutz.

Für diese Phase resümiert G. Kiesow: »Rückblickend stellt sich heraus, dass die Entwicklungen in beiden Teilen Deutschlands nach 1945 einige Zeit vergleichbar gelaufen sind, ehe ökonomische und ideologische Unterschiede zu abweichenden Auswirkungen führten«.[3]

Radikaler Umbruch in Architektur und Städtebau in den 1960/70er Jahren

Die städtebaulich-architektonischen Ansprüche bei den Erhaltungs- und Wiederherstellungsprojekten unmittelbar nach den verheerenden Zerstörungen in vielen Städten Ostdeutschlands hatten sich als zu teuer und uneffektiv bei der Umsetzung erwiesen.

Um im Bauwesen höhere Leistungen zu erreichen, gab der V. Parteitag der SED im Jahre 1958 der Erhöhung der Arbeitsproduktivi-

Bernau, Altstadt, Grünstraße, Blick nach Südwest, im Hintergrund Pulverturm, Zustand nach der Umgestaltung um 1982

tät in diesem Bereich höchste Priorität. Die Lösung des Wohnungsproblems wurde seitens des SED-Staates zu einer Kernfrage in der System-Auseinandersetzung erklärt, sie sollte von der »Überlegenheit der sozialistischen Ordnung« künden. Typisierung und Industrialisierung bestimmten fortan die Entwicklung. »Die durch vereinheitlichende Massenproduktion hervorgebrachten Gestaltungscharakteristika und der städtebauliche Maßstab großer Baukomplexe sollten die sozialistische Architektur vor dem »kleinlichen Individualismus« westlichen Bauens auszeichnen«[4].

Unter solchen Prämissen hatten die kleinteiligen Altstädte natürlich keine Chancen mehr, zumal der politisch bestimmte Zwang zum fortwährenden extensiven Wohnungsbau immer mehr Baukapazitäten beanspruchte. Durch die Misswirtschaft im Allgemeinen und durch den Niedergang der traditionellen Bauwirtschaft im Besonderen wurden die Voraussetzungen für eine erfolgversprechende Altstadterhaltung und Denkmalpflege immer schlechter.

Bernau – ein abschreckendes Modellverfahren für die »Sozialistische Umgestaltung der Klein- und Mittelstädte«

Das nördlich von Berlin gelegene Bernau hatte damals innerhalb des noch komplet-

ten mittelalterlichen Mauerrings seine bauliche Struktur in selten reiner Form bewahrt und den Zweiten Weltkrieg ohne Schaden überstanden. Die historische Bebauung bestand ganz überwiegend aus Bürgerhäusern mit Hofgebäuden in Fachwerkbauweise, wie sie noch immer für viele märkische Altstädte charakteristisch sind. Da die Bauten im Grunde seit den 1930er Jahren baulich nicht mehr systematisch gepflegt waren, war deren Erhaltungszustand tatsächlich nicht mehr der beste. Wer aber beim baulichen Umgang mit Fachwerkbauten Erfahrungen sammeln konnte, kennt natürlich deren »Geduld«. Im Übrigen zeigen die heutigen Sanierungsergebnisse in den Altstädten von Kyritz, Perleberg oder Wittstock, deren Gebäudebestand ebenfalls hauptsächlich von der Fachwerkbauweise geprägt ist und der damals einen vergleichbar schlechten Erhaltungszustand hatte, welche Ausstrahlung solche Bauten inzwischen zurück gewonnen haben.

Da von höchster Stelle für das Bernauer Projekt der Einsatz industrieller Bauverfahren bindend festgelegt war, setzte dies praktisch den weitgehenden Flächenabriss voraus. Natürlich entbrannte darüber ein hartnäckiges Ringen zwischen Befürwortern des »Modellprojektes« und der Denkmalpflege, bei dem die Denkmalpfleger anfangs überhaupt keine Chancen hatten. Übrigens protestierten die Eigentümer der Grundstücke bzw. die Bewohner damals kaum. Bei der allgemeinen Perspektivlosigkeit für die Altstadterhaltung in dieser Zeit konnten die Bürger immerhin Wohnungen mit einem relativ hohen Ausstattungsgrad in einer besonderen, relativ kleinteiligen Plattenbau-Wohnsiedlung innerhalb mittelalterlicher Wehranlagen erwarten.

Bernau, Altstadt, Blick vom Kirchturm nach Südwest, erster Bauabschnitt, um 1980/81

Während des IX. Parteitages wurde 1975 festgelegt, dass mit der Rekonstruktion des Altstadtkerns von Bernau im Rahmen der Beispielsplanung zu beginnen sei. Ausgehend von Untersuchungen des Instituts für Städtebau und Architektur der Deutschen Bauakademie entwickelte der VEB Hochbauprojektierung Frankfurt an der Oder Bebauungsvarianten und darauf fußend dann die konkreten Planungen. In drei Bauabschnitten sollten 1300 Wohneinheiten neu gebaut bzw. einige wenige Altbauten modernisiert werden. 1985, also 10 Jahre nach allerhöchstem Parteitagsbefehl, waren endlich rund 700 Wohnungen fertig gestellt. In einer 1985 veröffentlichten

Zwischenbilanz wurde die weitere schrittweise Realisierung bis nach 1990 vorausgesagt.

Mit der sogenannten Umgestaltung von Bernau dürfte in Deutschland das wohl konsequenteste Vernichtungsbeispiel eines von Krieg verschont gebliebenen Altstadtdenkmals realisiert worden sein. Für Brandenburg jedenfalls, vielleicht auch weit darüber hinaus, hatte Bernau allerdings »Botschaftscharakter«. Hier konnten Bürgermeister und Kommunalvertreter die falschen Segnungen einer verfehlten Städtebaupolitik hautnah und konkret nachvollziehen. Bei vielen Stadtvätern märkischer Altstädte hieß es: »Bloß nicht so wie in Bernau«. Nicht nur, dass den Bernauern selbst mit dem schrittweisen Vollzug der Flächenabrisse und der Errichtung der sogenannten Wohnungsbau-Erzeugnisse die Tragweite des »Umgestaltungsbeispiels mit Modellcharakter« erst so richtig bewusst wurde und sie sich nun vehement für den Erhalt weiterer ebenfalls für den Abriss vorgesehener historischer Bauten mit einsetzten, vielmehr entstand sogar noch während der DDR-Zeit – und verstärkt natürlich nach den politischen Veränderungen – der Wunsch nach architektonischen und städtebaulichen »Verbesserungen«, beispielsweise durch nachträgliches Aufbringen von Satteldächern, Fassadenüberformungen u. ä. .

Dass damals Funktionäre und leider selbst Fachleute ernsthaft glaubten, mit den in Bernau und Greifswald zu gewinnenden Erkenntnissen und Ergebnissen auch all die nach Hunderten zählenden Altstädte in den verschiedenen Kulturlandschaften der DDR mit einer solchen Radikalkur von Flächenabriss und anschließender Neubebauung mit drei- bis viergeschossigen Plattenbauten »beglücken« zu können, macht selbst noch nach 20 Jahren der Wiedergeburt unserer Altstädte fassungslos.

Da die DDR zu dieser Zeit wirtschaftlich bereits stark geschwächt war, unterblieb schon deshalb massenhafter Flächenabriss. Zudem war der Frust der Bevölkerung über den katastrophalen Zustand unserer Altstädte zu einem allgemeinen Ärgernis geworden – das sich zunächst zwar meist noch gedeckelt formulierte, im Vorfeld der politischen Veränderungen von 1989/90 dann aber zu kraftvollen Veränderungsimpulsen führte.

Als das Bernauer Umgestaltungsbeispiel lief, waren die politischen Umwälzungen keinesfalls vorhersehbar und natürlich griff angesichts des ständig katastrophaler werdenden Verfalls unserer Altstädte immer mehr Rat- und Hilflosigkeit um sich. Dennoch haben sich damals schon viele vehement gegen den Verlust unserer denkmalreichen Altstädte gestemmt. Doch um es klar zu sagen, wenn die politischen Veränderungen von 1989/90 nicht gekommen wären, hätte es das heutige »Wunder« unserer wiedererstandenen Altstädte nicht gegeben. ■

Quellen

1 Denkmalpflege im Land Brandenburg, Tagung in Rheinsberg vom 23. bis 25. Oktober 1990, Rheinisches Amt für Denkmalpflege, Köln 1990, S. 10.

2 Debold-Kritter, Astrid, Potsdam – Zum Wiederaufbau der Wilhelm-Staab-Straße, in: Brandenburgische Denkmalpflege, Jg. 4, Heft 1, 1995, S. 79-86.

3 Alte Städte – Neue Chancen. Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau/ Deutsche Stiftung Denkmalschutz (Hg.), Bonn 1996, S. 7.

4 Deiters, Maria, Fürstenwalde – Fünf Jahrzehnte Planung für den Wiederaufbau eines zerstören Stadtzentrums, in: Brandenburgische Denkmalpflege, Jg. 4, Heft 1, 1995, S. 40-52.

Lutz Köhler, Jahrgang 1944, Diplom-Bauingenieur, bis 1990 leitender Bauingenieur beim Bau der Großmolkerei Angermünde, von 1990 bis 2006 Leiter des Bauamtes. Investiert 1990 seinen Urlaub, um in der Verwaltung der Partnerstadt Lügde von der dortigen Stadtsanierung zu lernen. Danach überzeugt er die Angermünder Stadtverordneten von der Bedeutung der Altstadterneuerung. Die neuen Möglichkeiten, dabei historische Bausubstanz zu erhalten, werden ihm bewusst, als eine junge Bauherrengemeinschaft 1990 ein hochgradig verfallenes Angermünder Altstadthaus vor dem Abriss bewahrt und denkmalgerecht erneuert. In der Folge setzt er sich dafür ein, dass die Stadt in besonders schwierigen Fällen selbst historische Gebäude rettet, indem sie diese zunächst erwirbt und dann geeignete Investoren findet.

»Angermünde wird bleiben«

»Wir hatten 1990 noch die gesamte Infrastruktur in der Altstadt, das verhinderte den Verfall. Und sie ist groß genug, um auch heute noch alle Funktionen beizubehalten, wenn Angermünde weiter an Einwohnern verliert. Die Menschen kommen zurück in die Altstadt. Mir selbst ist der Marktbrunnen besonders ans Herz gewachsen. Hier konnten wir etwas schaffen, das dem Markt sehr angemessen ist und ihn ohne jede Historisierung zu dem attraktivsten Platz in der Ortsmitte macht.«

Günter Köpping

Stadtplanung und Denkmalschutz in der DDR am Beispiel der Stadt Jüterbog

Die Klein- und Mittelstädte im Land Brandenburg bewahrten bis zum Ende des zweiten Weltkrieges ihre oft auf die mittelalterliche Aufbauphase zurückgehende historische Stadtstruktur. Nach den Kriegszerstörungen insbesondere in den von Kampfhandlungen und Bombardierungen betroffenen Orten östlich von Berlin ging man an den Wiederaufbau mit den örtlichen Handwerkern und den noch vorhandenen Materialien. Dabei hielt man sich in der Regel an die Parzellenstruktur und an die bestehende Straßenführung.

Mit der Verwaltungsreform im Jahre 1952 wurde das Land Brandenburg aufgelöst und in die Bezirke Potsdam, Frankfurt/Oder und Cottbus aufgeteilt. Gleichzeitig wurden neue Kreisgebiete gebildet und als Verwaltungszentren Kreisstädte ausgewiesen. So wurden z.B. Jüterbog, Angermünde, Neuruppin, Gransee und Bernau zu Orten mit erhöhter Bautätigkeit. Das geschah zunächst im Umfeld der Stadtkerne in Erweiterungsgebieten. Später wuchsen aber auch die Bestrebungen, das historische Stadtzentrum umzugestalten. In diesen Orten waren nach der »Verordnung über die Pflege und den Schutz von Denkmalen« vom 20. September 1961 besonders ausgezeichnete Einzelbauwerke wie Stadtbefestigungen, Kirchen, einige Bürgerhäuser oder architektonisch bedeutende Raumbildungen wie Marktplätze mit Rathäusern geschützt. Für die übrige Bebauung und die Stadtstruktur fehlten eine Einschätzung des Zustandes der oft noch in Privatbesitz befindlichen baulichen Anlagen, eine Bewertung und eine darauf gegründete Planung für die Zukunft. Außerdem war die Unterhaltung und Reparatur dieser Gebäude durch Handwerker und die Bereitstellung der benötigten Materialien nicht gesichert. Hinzu kamen funktionelle Mängel, wie zu geringe Geschosshöhen und unzureichende sanitäre

Jüterbog, Blick von der Nikolaikirche nach Westen, mit Rathaus, Mittelstraße und Mönchenkirche, um 1960

Ausstattung. Daher gingen die Planungsverantwortlichen davon aus, dass die genannten Schäden mit der verfügbaren Bauwirtschaft nicht zu beheben seien und eine fast vollständige Erneuerung langfristig unvermeidlich sei. So kam es zu rigorosen Umgestaltungsplänen auf der Grundlage der industriellen Fertigungsmethoden. Diese waren aber nicht geeignet für den Einsatz auf den gegebenen Parzellengrößen, und sie waren zu starr, um den oft geschwungenen Straßen mittelalterlicher Stadtkerne zu folgen. Das erschreckendste Beispiel für den Einsatz dieser industriellen Serienprodukte ist die Umgestaltung des

Stadtkernes von Bernau. Auch bei der Untersuchung der Wohnbauten in anderen Städten ergab sich nach der damaligen Einschätzung nur für wenige Häuser ein besonderer Denkmalstatus und eine Aussicht auf Erhaltung. Die staatlich festgelegten Mieteinnahmen und das Eigenkapital waren zu gering und die Kosten für die Werterhaltung, abgesehen von nicht vorhandener Baukapazität und Material, zu hoch. Gebäude, die vom Eigentümer nicht erhalten werden konnten, sollten in gesellschaftliches Eigentum überführt oder abgerissen werden. Glücklicherweise ließen sich in vielen Städten diese Planungen nicht verwirklichen. Die Hausbesitzer reparierten lieber in Schwarzarbeit mit unter der Hand besorgten Baumaterialien ihre Häuser. Allerdings fielen bei straßenweisen Instandsetzungsmaßnahmen in den 1970er Jahren die alten verwitterten Fassadenputze den angeordneten Verschönerungen zum Opfer. Auf solche Aktionen hatte die Denkmalpflege nur geringen Einfluss trotz des neuen »Gesetzes zur Erhaltung der Denkmale in der DDR« von 1975. Das Institut für Denkmalpflege war mit der denkmalfachlichen Arbeit betraut, hatte

Jüterbog, Große Straße nach Norden mit den Türmen der Nikolaikirche, 1968

aber keine hoheitlichen Rechte und musste sich daher bei Entscheidungen auf eine beratende Funktion beschränken. Die Denkmallisten wurden vom jeweiligen Rat des Kreises beschlossen. Die Zahl der Denkmale sollte beschränkt bleiben, und sie sollten im Verhältnis zu den Denkmalkategorien stehen. Denkmale waren in folgende Kategorien eingeteilt:

- Politische Denkmale
- Denkmale zur Kultur und Lebensweise der werktätigen Klassen und Schichten des Volkes
- Denkmale der Produktions- und Verkehrsgeschichte
- Denkmale des Städtebaus und der Architektur (dazu: Historische Stadtkerne, Begrenzte Bereiche und Ensembles, Einzeldenkmale)
- Denkmale der Landschafts- und Gartengestaltung
- Denkmale der bildenden und angewandten Kunst.

Bei der Auswahl der Denkmale sollten keine zu großen Ungleichheiten unter den Kategorien entstehen. Oft mussten daher Wege für einen Ausgleich gefunden werden. So zählte etwa jede Thälmann-Büste vor einer Schule zum politischen Denkmalbestand und bei den vielen Kirchen als Einzeldenkmale musste ein bedeutender Altar den Schutzstatus erhalten, um damit auch das Kirchengebäude und das Dach über dem Altar – wenn nötig – zu reparieren. Die Verabschiedung der Listen lag bei den Räten der Bezirke und Kreise und für die zentrale Liste der bedeutendsten Denkmale zeichnete der Minister für Kultur der DDR.

In Jüterbog gehörten zu dieser besonderen Liste die Nikolaikirche und das Rathaus. Daher konnten z.B. für die Restaurierung der Nikolaikirche zentrale Beihilfen über das Institut für Denkmalpflege ausgereicht werden, die allerdings nicht mit Baubilanzen ausgestattet waren. Die umfassende Instandsetzung der Nikolaikirche war 1974 begonnen worden, getragen durch das von der westdeutschen Evangelischen Kirche finanzierte Sonderbauprogramm. Dieses Programm wurde als Limex-Programm, als inländischer Export gegen Devisenzahlungen, von örtlichen Baubetrieben ausgeführt. Damit wurde 1980 die Dachhaut der Nikolaikirche eingedeckt, und ab 1982 stand die Sanierung der Türme an, deren loses Mauerwerk einzustürzen drohte. Deshalb wurden Teile der äußeren Mauerschalen abgetragen und nach dem Einbau von Betonkernen neu aufgemauert. Außerdem wurden Sandsteinteile der Fenstermaßwerke und Gesimse erneuert. Hinzu kamen Holzarbeiten am schwammbefallenen mittelalterlichen Dachwerk. In ähnlicher Weise wie in Jüterbog wurde mit dem Limex-Programm die Erhaltung auch einiger anderer wichtiger Denkmale ermöglicht.

Die Baukapazitäten der Kreise wurden vorrangig für die Errichtung von Neubauten, für die Landesverteidigung und für Bauvorhaben in den Bezirksstädten und in Berlin eingesetzt. Da für Bauvorhaben der Bevölkerung die örtlichen Baubetriebe nicht beauftragt werden konnten, verfielen Häuser und der

Jüterbog, Neumarkttor (Feldseite) mit den Schäden der Militärtransporte
vor der Reparatur und mit der Umfahrung, 1980er Jahre

Leerstand stieg an. Trotz des Denkmalschutzgesetzes waren Flächenabrisse in Altstadtkernen in den 1980er Jahren nicht zu vermeiden. Die Hoffnungslosigkeit in den Städten nahm zu.

Doch nicht alle Städte zeigten 1989 den gleichen verfallenden und lückenhaften Bestand. Alle sahen grau und melancholisch aus, aber einige hatten ihre wichtigsten Denkmale und geschlossen wirkende Straßenräume bewahrt. Es können Zufälle gewesen sein, aber auch die Menschen, die Einwohner, die gesellschaftlichen Kräfte in den Kirchen, den Heimatzirkeln und letztlich auch vernünftige Funktionäre haben dabei mitgewirkt. Als Beispiel nenne ich wieder die Stadt Jüterbog. Eine besondere Eigenschaft der Jüterboger scheint mir ihre Beharrlichkeit bei der Verfolgung eines Zieles und die Kontinuität zur Erhaltung ihrer Stadt. Jüterbog stand als Militärstandort von ca. 30.000 sowjetischen Soldaten etwas außerhalb des »sozialistischen Umgestaltungswillens« der Partei. Seine Bewohner schwenkten nicht so schnell auf die jeweiligen Parolen des Tages ein. Sie blieben bei den überlieferten Gewohnheiten der Sicherung des Eigentums an Grund und Haus, und sie taten etwas für die Erhaltung der Wahrzeichen der Stadt. Damals waren die mittelalterlichen Stadttore in Gefahr. Sie stellten ein Hindernis für die Militärtransporte dar. Nachdem Anfang der 1980er Jahre ein Fahrzeug mit Raketen im Neumarkttor stecken geblieben war, forderte die Kreisleitung der SED den Abbruch des Tores. Nach geduldigen Gesprächen und auch Dank der Befürwortung und Unterstützung durch Mitarbeiter des Rates des Kreises wurde das Problem durch eine Umfahrung seitlich des Tores verbunden mit Bauarbeiten auf dem Gelände einer Konservenfabrik gelöst.

Auch im wieder erstandenen Land Brandenburg hängt die Zukunft der Klein- und Mittelstädte nicht allein von Fördermitteln oder verbesserten gesetzlichen Schutzbestimmungen ab, es sind ihre Bürger, die Bewohner und Besucher, die den Wert ihrer Stadtkerne schützen und ihre Erhaltung durchsetzen. ■

René Koht, Jahrgang 1962, übernimmt im Dezember 1989 aus der CDU-Kreisleitung heraus die Amtsgeschäfte des Bürgermeisters der Stadt Altlandsberg und hat das gewählte Amt von 1990 bis zur Gebietsreform 1993 inne. 1990/91 führt er zahlreiche Gespräche mit dem Institut für Städtebau, der Deutschen Gesellschaft für Denkmalschutz sowie ost- und westdeutschen Architekten, um Perspektiven und Lösungen für den Stadtkern zu finden. Durch seinen Einsatz wird Altlandsberg Gründungsmitglied der Arbeitsgemeinschaft »Städte mit historischen Stadtkernen«.

»Der Stadterneuerungsprozess ist unumkehrbar«

»Die Instandsetzung und Modernisierung der Gebäude war eine Kernaufgabe – sonst hätten wir nur noch abreißen können. Da die Anträge auf Rückübertragung täglich den Hauptteil der Post darstellten, erneuerten wir zunächst das ehemalige Rathaus und den Marktplatz. Dabei wurde in Verhandlungen mit den GUS-Streitkräften auch für das sowjetische Ehrenmal eine gute Umgestaltungslösung gefunden. Alle Beteiligten haben in der Stadterneuerung mit viel Engagement Neuland betreten – das war eine sehr prägende Zeit. Heute freue ich mich, wie viele Fremde in die Stadt kommen, sowohl zu Besuch als auch um hier heimisch zu werden. Die Einwohnerzahlen im Stadtkern haben sich mindestens verdoppelt, und es gibt auch wieder eine gute Mischung von Jung und Alt.«

Hans-Joachim Stricker, Corinna Wilhelm

Zwei Jahrzehnte Stadterneuerung unter dem Vorzeichen der kommunalen Demokratie

Die größte Herausforderung für die Entscheidungsträger, die im Ergebnis der friedlichen Umwälzung nach 1989 Verantwortung in Verwaltung und Politik übernahmen, dürfte die Standortbestimmung im Hinblick auf die Ziele, Vorgehensweisen und Erfolgsaussichten des eigenen oder gemeinschaftlichen Handelns für ihre Stadt gewesen sein. Vergleichsweise leicht war es, lokale Probleme und Missstände zu benennen – dies erfolgte nicht selten bereits durch die breite öffentliche Debatte. Schwieriger war es schon, die richtigen fachlichen Ansatzpunkte für Lösungsansätze ausfindig zu machen und dabei gleichzeitig das Zusammenspiel von privatem und öffentlichem Handeln, von lokaler, regionaler und staatlicher Aufgabenzuordnung richtig einzuschätzen und zu nutzen.

Eine ganz wichtige Grundlage für den Erfolg war die Bereitschaft der kommunalen Entscheidungsträger zu Beginn der 1990er Jahre, das Wagnis einzugehen, ein Jahrzehnte dauerndes Projekt zu starten und in hohem Umfang kommunales Geld und eigene Verwaltungskraft einzusetzen. Dabei mussten viele der Handelnden bereit sein, die eigenen (DDR-) Lebens- und Berufserfahrungen zu hinterfragen, und neuen Gedanken und Zielvorstellungen gegenüber aufgeschlossen sein. Das gilt für die Bürgermeister ebenso wie für die Stadtverordneten und die Verwaltungsleute in den Städten.

Nach ihrer Herkunft und ihrem Erfahrungshintergrund aus Politik und Verwaltung waren die Verantwortungsträger der ersten Stunde denkbar bunt gemischt. Die große Motivation, sich unter neuen Spielregeln für die Stadt einzusetzen, mag vielleicht die größte Gemeinsamkeit der Akteure gewesen sein. Auch für die alten Funktionseliten bot die neue kommunale Selbstverwaltung die Chance, neue Handlungsspielräume zu nutzen und

sich dabei den Problemen zu widmen, die entweder zu DDR-Zeiten nicht lösbar gewesen waren oder aber ein Produkt bisheriger lokaler Politik waren und nun revidiert werden konnten.

Ein Beispiel dafür ist die jüngere Geschichte der Potsdamer Innenstadt, in der Flächenabriss und Erhaltung der barocken Bürgerhäuser, Zuschüttung und Rekonstruktion des Stadtkanals, Überformung und städtebauliche Rekonstruktion des Bereichs um den Alten Markt zeitlich schnell aufeinander folgten. In vielen anderen Städten verliefen diese gegenläufigen Prozesse ähnlich, wenn auch weniger offensichtlich, in kleinerem Maßstab und oft mit mehr zeitlichem Abstand. Die Revision des DDR-Städtebaus ist heute auch zu erkennen in Städten wie Templin (Wiederherstellung des Straßenrasters und der Raumkanten u.a. durch Abriss eines Wohnblocks), Angermünde (Rücknahme modernisierender Eingriffe in die Struktur) und Brandenburg an der Havel (Blockrandschließung im Zuge der konsequenten Funktionsstärkung).

Lübbenau 2008

Charakteristisch für die Mehrzahl der historischen Stadtkerne ist allerdings ein anderes Muster: Städtebauliche Entwicklung verlief bis zum Start der Städtebauförderung über Jahrzehnte auf Sparflamme. Der Verlust der schadhaften, aber mangels gezielter Eingriffe noch relativ intakten Baustruktur konnte hier durch die örtlichen Engagierten, die Denkmalpfleger und die auf Kreis- und Bezirksebene tätigen Städtebauer verhindert werden. Diese Kräfte waren motiviert, aber wohl nicht stark genug für eine massive Gegenwehr, wäre diese bereits deutlich vor der Wende nötig gewesen. Die historischen Stadtkerne überlebten quasi in einer Nische der Planwirtschaft, die sich – abgesehen von Modellvorhaben wie der Flächensanierung in Bernau – anderen Schwerpunkten widmete.

Für die historischen Stadtkerne war es ein Glücksfall, dass die Rettung der alten Städte eines der Schlüsselthemen der Wende war und es bereits – bzw. noch – im Diskurs zwischen den beiden deutschen Staaten gelang, entsprechende Instrumente zu entwickeln. Der Weg zum Programm »Städtebaulicher Denkmalschutz« mit einem umfassen-

den Anspruch der erhaltenden Erneuerung ausgewählter (aber dennoch zahlreicher) historischer Stadtkerne war daraufhin kurz und vom Konsens der Denkmalpfleger und Stadtentwickler geprägt, dass weder Einzeldenkmalschutz noch klassische Stadtsanierung als Lösungsansatz ausreichen. Er konnte bis heute weitgehend unbehelligt von schwierigen und umstrittenen Entwicklungen in anderen Aufgabenbereichen (wie der Politik der Treuhandanstalt oder dem Umbau der sozialen Infrastruktur) beschritten werden. Der Erfolg der Stadterneuerung ist dabei immer auch damit verbunden, den lokalen Entscheidungsträgern ein Höchstmaß an Selbstverantwortung und verlässlicher Unterstützung zu geben: In der Städtebauförderung wird dies durch das Prinzip der Gesamtmaßnahme erreicht, deren Grundprinzipien sich seit 1971 in der Bundesrepublik bewährt haben.

Landesweit wurden seit 1991 in den verschiedenen Städtebauförderprogrammen über 2,6 Milliarden Euro Mittel der EU, des Bundes und des Landes Brandenburg bereitgestellt. 2009 können in den Bund-Länder-Programmen weitere 118 Millionen Euro bewilligt werden.

Die Wirkungen dieses finanziellen Kraftakts und des Zusammenspiels mit Engagierten aus Wohnungswirtschaft und anderen Unternehmen, der Bewohnerschaft und Vereinen sowie privaten Bauträgern sind überall spürbar. Dank der Investitionen in die Sanierung und Belebung von Gebäuden, in den öffentlichen Raum, aber auch durch die Begleitung der Menschen bei den Veränderungsprozessen sind die Städte liebens- und lebenswerte Mittelpunkte im Land. Hier konzentrieren sich Handel, Dienstleistungen, öffentliche Einrichtungen, Kultur, Bildung und vieles andere mehr. Auch zum Wohnen zieht es die Menschen wieder mehr in die Stadt. Mit der Rettung vieler wichtiger Denkmale haben die Städte auch ihre touristischen Highlights wieder gewonnen.

Im Rahmen des für die Mitgliedsstädte der AG Historische Stadtkerne zentralen Programms »Städtebaulicher Denkmalschutz« konnten bislang gut 563 Millionen Euro Bundes- und Landesmittel bewilligt werden. Allein diese hohe Summe ist beeindruckend, aber diese richtig einzusetzen, ist mindestens von ebenso zentraler Bedeutung. Für die Qualitätssicherung haben die Städte mit der Expertengruppe und der Bundestransferstelle sowie der AG und der Bewertungskommission auf Landesebene ein dichtes Netz von Partnern. Expertenrat, Netzwerkarbeit und gemeinsame Projekte geben für die Diskussion in den Städten wichtige Impulse.

In den historischen Stadtkernen des Landes Brandenburg ist inzwischen ein Ende der Aufbauphase in Sicht, in der jede einzelne Haussanierung und jedes instand gesetzte Stück Straße ein unbestrittener Erfolg ist. Die öffentlichen Finanzierungsmittel werden knapper, und die Diskussion um den richtigen Weg der Städte in die Zukunft ist 20 Jahre nach dem Neubeginn der Stadterneuerung unter neuen Vorzeichen wieder aufgelebt.

Auf lange Sicht kann Stadterneuerung nur dann eine Erfolgsgeschichte sein, wenn

Stadtfest in Belzig 2005

Lenzen 2008

die herrschenden Rahmenbedingungen ihre Wirkungsweise, die auf »Anstoßgebung«, »Hebelwirkung« und »Motorfunktion« beruht, nicht konterkarieren: Wenn die demographische Entwicklung die Stadtentwicklung in Frage stellt, wenn eine Belebung der Innenstadt mit Innenstadtnutzungen nicht gelingt, wenn kein Konsens über das Niveau der notwendigen baukulturellen Qualität gefunden wird und wenn wegen Verkehrs- und Umweltbelastungen in der Innenstadt der Wettstreit mit der grünen Wiese aussichtslos erscheint, kann staatliche Förderung nicht mehr als Hilfe zur Selbsthilfe wirken. Im Land Brandenburg wurden rechtzeitig die Schlussfolgerungen gezogen: Nur eine integrierte Stadtentwicklungspolitik, die Konflikte erkennt und umfassend Lösungswege aufzeigt, bietet die Gewähr für eine Zukunft der Innenstädte und damit die Legitimation für den Einsatz von Städtebauförderungsmitteln. Das Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung steht den Städten in diesem Prozess weiterhin als Fachpartner und Unterstützer zur Verfügung. ■

Knut Krüger, Jahrgang 1940, Bauingenieur beim Landbaukombinat, langjähriges Mitglied im Gemeindekirchenrat, beobachtete seit der Kindheit den zunehmenden Verfall der Beeskower Stadtmauer. Seit Mitte der 1960er Jahre repariert er in Feierabendtätigkeit kommunale und kirchliche Bauten in Beeskow. Da er für die Stadt an zahlreichen Objekten arbeitet, lässt man ihn auch an kirchlichen Bauten gewähren. An der Ruine der Marienkirche führt er jahrzehntelang Sicherungsarbeiten aus, um den Verfall aufzuhalten. Mit Hilfe waghalsiger Hängerüstungen sichert er die Mauerkronen und Gewölbeansätze. In den 1980er Jahren bewahrt er drei Türme der Stadtmauer vor weiterem Verfall. Nach Abriss eines Altstadthauses verhindert er einen die Stadtstruktur störenden Neubau. Während der Wende leitet er den Runden Tisch der Stadt Beeskow, ab 1990 das Bauamt.

»Hin und wieder polterte es in der Kirchenruine – dann war wieder etwas eingefallen«

»Planungen der 1970er Jahre sahen den Abbruch der Altstadt und die Errichtung montagefähiger Neubauten vor. Einzig die Kirchenruine sollte bleiben. Im Zuge der Wende habe ich deshalb mit ähnlich Gesinnten sofort an einem Flächennutzungsplan und einer Gestaltungssatzung gearbeitet.
Für die Stadtmauer und die Marienkirche konnten wir seit 1991 viel erreichen. Mit Hilfe vielfältiger Förderung sind die Chorpfeiler der Kirche wiedererrichtet und das Dach aufgebracht worden, der Turm hat wieder eine Spitze erhalten. Zur Finanzierung einer Orgel haben wir einen Förderverein gegründet und seit 1992 160 Benefizkonzerte und 23 Ausstellungen organisiert. Wir hoffen, dass eines erlebbaren Tages in dem einzigartigen Raum wieder die Orgel erklingt.«

Elfi Czaika

Wendepunkte im Umgang mit der historischen Stadt

Burg Eisenhardt – Wahrzeichen über der Stadt Belzig

Belzig mit seiner über 1000-jährigen Geschichte hat sich zu einer attraktiven Kreis- und Kurstadt entwickelt. Der historische Ortskern mit der Siedlung Sandberg und der bedeutenden Burganlage Burg Eisenhardt ist seit dem letzten Stadtbrand während des Dreißigjährigen Krieges im Jahr 1636 von großflächiger Zerstörung verschont geblieben und bietet daher bis heute ein Stadtbild von seltener Geschlossenheit.

Der Umgang mit der historischen Stadt – die Zeit vor 1990

Der überwiegende Teil der historischen Bebauung des Ortskerns war zur politischen Wende 1989 noch erhalten, befand sich aber in einem schlechten Bauzustand. Neben den Mängeln an der Bausubstanz und der Ausstattung der Gebäude existierten aufgrund des hohen Anteils an Durchgangsverkehr auch erhebliche Verkehrsprobleme.

Der Generalbebauungsplan für die Stadt Belzig aus dem Jahr 1983 formulierte die Ziele der Entwicklung der Stadt mit ihrem historischen Ortskern bis 1990 insbesondere hinsichtlich des Themas Wohnungsbau.

Im Begründungstext zu diesem Plan wurde die Einschätzung getroffen, dass Teile der schlechten Bausubstanz, insbesondere in den Randbereichen wie Wallstraße, Baderstraße und Wallgasse, »ausgesondert« und die Lücken durch Ersatzneubauten geschlossen werden sollen. Für den überwiegenden Teil der Bebauung des historischen Stadtkerns wurden allerdings Modernisierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen vorgesehen. So wurden in Belzig seit 1983 rund 700 Wohnungen rekonstruiert und modernisiert (Gesamtstadt). Für den Zeitraum von 1986 bis 1990 war geplant, an 850 Wohneinheiten Instandhaltungs- und an 335 Wohneinheiten Modernisierungsmaßnahmen durchzuführen.

Leitplanung Wohnungsbau 1980, Büro für Städtebau beim Rat des Bezirkes Potsdam (folgende Seite)

Maßnahmen am Wohnungsbestand

- Instandhaltung
- Instandsetzung
- Modernisierung
- voraussichtliche Aussonderung bis 1990
- voraussichtliche Aussonderung nach 1990
- Rekonstruktion 1983 – 1985
- Rekonstruktion 1986 – 1990
- von Fußgängern stark frequentierter Bereich
- Einzeldenkmale Kategorie II und III

Der Altstadtkern einschließlich Wall, Graben und der äußeren Bebauung sowie die Burg Eisenhardt wurden vom Institut für Denkmalpflege zum Umgebungsschutzgebiet erklärt. Einzelne bedeutsame Gebäude wie die frühgotische Kirche St. Marien, die Burg Eisenhardt und einige Bürgerhäuser im Stadtkern wurden unter Denkmalschutz gestellt.

Da der Altstadtkern auch wesentliche Zentrumsfunktionen aufnahm, wurde der Entwicklung der Versorgungseinrichtungen besonderes Augenmerk geschenkt. So wurden die Fertigstellung des Wiederaufbaus des Rathauses und die Neugestaltung des Marktplatzes als zentraler Ort forciert. Da vor der Wende keine Rathäuser gebaut werden durften, wurde der Wiederaufbau als so genanntes Mehrzweckgebäude vorgenommen.

Der Umgang mit der historischen Stadt – Einleitung der Stadterneuerung ab 1990

Bereits 1990 haben die Verantwortlichen der Stadt die Notwendigkeit erkannt, die Planung zur Erhaltung der historischen Altstadt Belzig unverzüglich in die Wege zu leiten. Im Bauamt der Stadt wurden die wesentlichen Vorbereitungen für eine langjährige umfassende Sanierung des alten Stadtkerns getroffen. Mit dem Beschluss zur Durchführung der Vorbereitenden Untersuchungen im Oktober 1990 durch die Stadtverordnetenversammlung wurde der Prozess der Stadterneuerung eingeleitet. Seitdem ist viel erreicht worden und dank der Förderung durch den Bund, das Land Brandenburg, die Kommune und der Initiative der Eigentümer und Bürger hat sich das Ortsbild zum Positiven verändert.

Ein wesentlicher Schwerpunkt des Stadterneuerungsprozesses war von Anfang an die Aufwertung der Burganlage der Burg Eisenhardt und deren Umfeld. Neben dem historischen Stadtkern mit aufwändig restaurierten Häusern besitzt die Stadt Belzig mit der Burg Eisenhardt ein Wahrzeichen, das weit über

die Grenzen Brandenburgs hinaus bekannt ist.

Die Burg mit ihren eindrucksvollen Gebäuden und Freianlagen entwickelte sich seit 1990 zu dem Fremdenverkehrsschwerpunkt der Stadt. Sie wird gewerblich genutzt und dient als öffentlicher Veranstaltungs- und Festort. Dies hat wesentliche Impulse für die Stadtentwicklung nach 1990 gesetzt, zur touristischen Aufwertung des Kurortes Belzig beigetragen und führte zu messbaren wirtschaftlichen Effekten, sowohl für die örtliche Bauwirtschaft als auch für den Tourismus, den Einzelhandel und das Dienstleistungsgewerbe.

Sanierungsmaßnahmen auf der Burg Eisenhardt 1992 bis 2009 (einschließlich Burgumfeld)

Die Burg Eisenhardt hat für die Stadt Belzig als Wahrzeichen und bedeutendes Baudenkmal einen hohen Stellenwert. Unterschiedliche Nutzungen, unsachgemäße Ein- und Umbauten sowie unterlassene Sanierungsarbeiten kennzeichneten den Zustand der Burganlage vor 1990. Die hohe architekturgeschichtliche Bedeutung in der Denkmallandschaft des Landes Brandenburg und der besorgniserregende Bauzustand erforderten schnelles Handeln zur umfassenden Sanierung. Für die zügige Vorbereitung und Durchführung der Sanierung war die zeitnahe Eigentumsübertragung der Liegenschaft »Burg Eisenhardt« durch das Bundesvermögensamt an die Stadt Belzig von wesentlicher Bedeutung. Bereits 1992 konnte mit ersten bestandssichernden Maßnahmen am Torhaus begonnen werden. Die umfassende Instandsetzung aller Gebäude und der Ringmauer mit ihren Bastionen ist inzwischen abgeschlossen, der Burghof und das Burgumfeld sind neu gestaltet.

Ausgrabungen auf dem Burghof und im Burgumfeld 2006 bis 2007

Die Wiederentdeckung, Aufwertung und Belebung dieses bedeutenden baukulturellen Erbes der Stadt diente letztendlich auch dazu, dass die Bürger der Stadt ein Geschichtsbewusstsein gewannen bzw. wieder neu erwarben. Einen erheblichen Beitrag leisteten in diesem Zusammenhang die zahlreichen archäologischen Funde, die im Rahmen der Sanierungsmaßnahmen sowohl im historischen Ortskern als auch insbesondere im Bereich der Burg zu Tage traten.

Die Grabungen auf dem Burghof und im Burgumfeld bereicherten die bisherigen Erkenntnisse zur Siedlungs- und Befestigungsgeschichte dieses Bereiches um viele neue Facetten. Mit den Grabungen eröffnete sich auch erstmals ein Einblick in die urgeschichtliche Besiedlung des zentralen Burgplateaus. Die neuen archäologischen Einsichten erweisen sich als Bereicherung des Wissens über die vor etwa dreitausend Jahren beginnende umfassende Veränderung des Burgberges durch menschliche Hand.

Mit der Präsentation der bedeutendsten archäologischen Funde im Bereich der Burg und ihres Umfeldes wurde die Siedlungsentwicklung von der Vorgeschichte bis zur Neuzeit in einer Begleitausstellung der Reihe »Kulturland Brandenburg« 2009 dargestellt.

Das Rathaus von Belzig dient bis heute als Sitz der Stadtverwaltung.

Torhaus der Burg Eisenhardt nach der Sanierung 2002

Burg Eisenhardt –
Wahrzeichen über der Stadt

Aus der Bronze- und Eisenzeit konnte eine große befestigte Höhensiedlung auf dem gesamten Burgberg umgeben von einer weitläufigen Siedlung nachgewiesen werden. Der Bau aller späteren Burgen basiert auf der Grundlage dieser rund 3.000 Jahre alten Burgreste. Die archäologischen Funde aus der Slawenzeit (9./10. Jahrhundert) erhöhen die Wahrscheinlichkeit, dass der Mittelpunkt des 997 urkundlich erwähnten Burgward »Belizi« auf dem Belziger Burgberg lag. Ebenso konnte der Bau der ersten deutschen Steinburg im Mittelalter (12./13. Jahrhundert) und deren Erweiterung im 14. Jahrhundert unter Herzog Rudolf I. von Sachsen durch die neuen archäologischen Erkenntnisse belegt werden. Die Bautätigkeit der Neuzeit (15./16. Jahrhundert) war durch den Festungsbau einschließlich einer zweiten Ringmauer mit Türmen, den Schlossbau ab 1477 und den Bau des Salzmagazins im 16. Jahrhundert geprägt.

Das neue Besucher-Informationssystem ermöglicht einen historischen Rundgang durch die Burganlage. Neben einem Flyer wird auf Informationstafeln die wechselvolle Geschichte der wichtigsten Anlagen der Burg dokumentiert. ■

Harry Müller, Jahrgang 1946, Geodät, leitet mehr als zwei Jahrzehnte lang bis 1990 die Kataster- und Grundbuchämter Luckau und Lübben. Aus Interesse an Geschichte betreibt er heimatgeschichtliche Forschung und veröffentlicht in den Luckauer Heimatkalendern Beiträge zur Siedlungsgeschichte. Ab 1990 Bürgermeister, überzeugt er die Stadtverordneten von der Notwendigkeit und der Möglichkeit einer denkmalgerechten Erneuerung der Luckauer Altstadt. Ab 1995 ist er 13 Jahre lang Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft »Städte mit historischen Stadtkernen« und heute ihr Ehrenvorsitzender.

»Die Altstadtrettung war ein Teil von mir selbst«

»Ich habe darunter gelitten, dass nicht nur die Fassaden immer grauer wurden, sondern auch innen der Verfall voranschritt. Deshalb schaue ich mit großer Erleichterung auf den jetzigen Zustand, auch wenn es noch immer einzelne Bauten gibt, deren Schicksal mich traurig stimmt. Es war gut, dass wir die Altstadt zum integralen Bestandteil der Landesgartenschau 2000 machen konnten. Besonders froh bin ich auch über das Dominikanerkloster: Nachdem es nach der Säkularisierung über 100 Jahre verfiel und dann 250 Jahre lang Zuchthaus war, ist es heute ein für alle zugänglicher Ort und der kulturelle Mittelpunkt unserer Stadt. Das ist wichtig; die bauliche »Hardware« muss gefüllt sein mit kultureller und sozialer Infrastruktur. Und der eigentliche Denkmalpfleger ist der Nutzer. Deshalb müssen wir verstärkt die Nutzungen in der Altstadt sichern – das Wohnen und den kleinteiligen Einzelhandel.«

Joachim Müller

Zwanzig Jahre Stadtsanierung, eine Erfolgsgeschichte

Aspekte und Perspektiven aus Brandenburg an der Havel

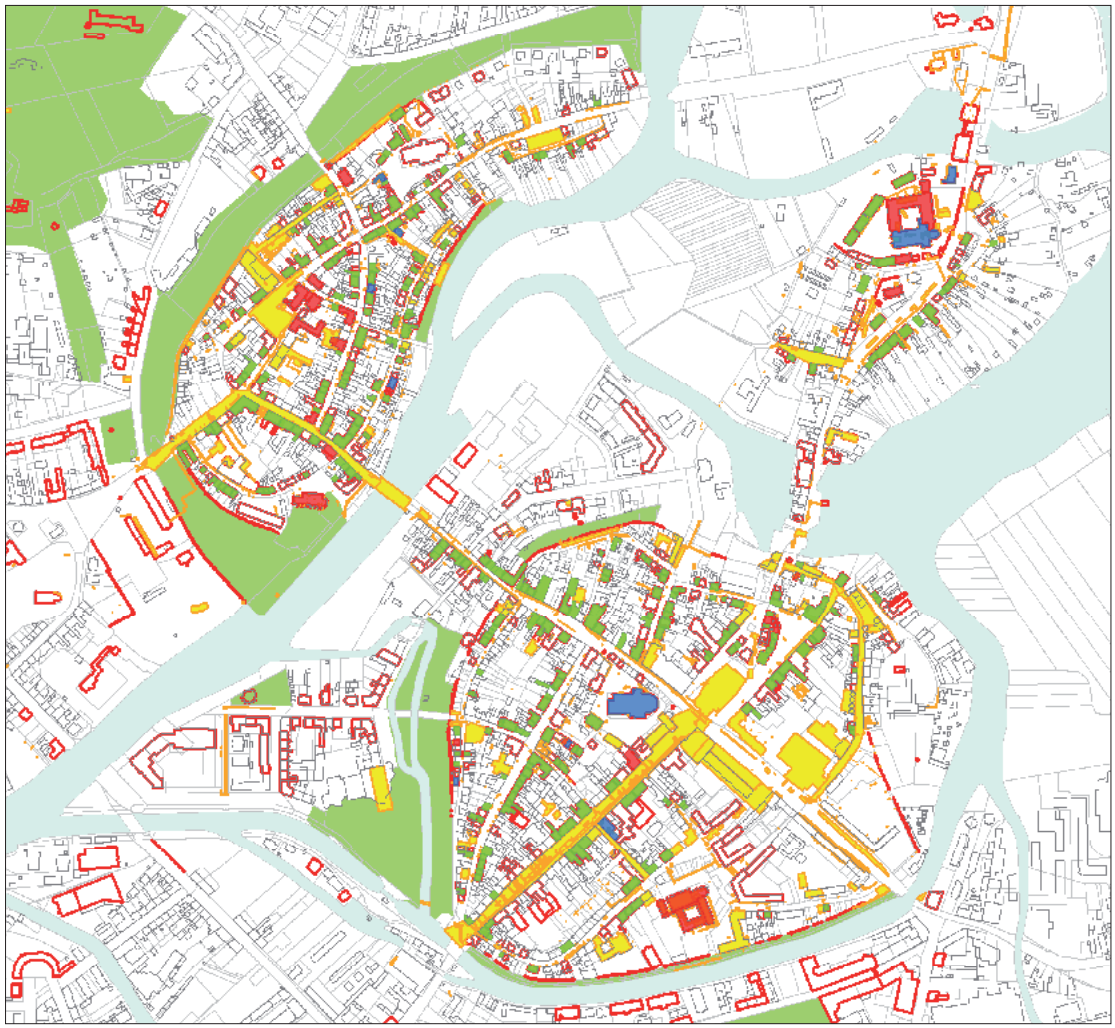
Die Stadt Brandenburg an der Havel ist das älteste und lange Zeit bedeutendste städtische Zentrum der Mark Brandenburg, das aber in der frühen Neuzeit an Bedeutung verlor. Der Wiederaufstieg der provinziellen Garnisonsstadt des 18. und 19. Jahrhunderts zur Industriemetropole setzte im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts ein und führte zu einem ununterbrochenen Wachstum bis in die 1930er Jahre. Nach 1945 forcierte man den Ausbau zum zentralen Standort der Stahlindustrie und plante eine Stadt für zuletzt 100.000 Einwohner. Das alte, aus drei Kernen bestehende Stadtzentrum, das unzerstört über die Jahrhunderte und mit punktuellen Schäden durch den Zweiten Weltkrieg gekommen war, wurde zugunsten von Neubauten auf der grünen Wiese vernachlässigt. (Abb. 1)

Der 91 ha große Stadtkern, zur Wendezeit in sehr vernachlässigtem Zustand, wurde zum Sanierungsgebiet nach § 177 BauGB erklärt und war ab 1990 Modellstadt für städtebaulichen Denkmalschutz. Das Modellstadtprogramm sah vor, in vier Kreisstädten der DDR Sanierungsmaßnahmen durchzuführen und die Erfahrungen den anderen erneuerungsbedürftigen Städten zur Verfügung zu stellen. Anfangs hatten die Städte besonders mit den sich rasch ändernden politischen Konstellationen, mit kurzfristigen Bewilligungszeiträumen und dem Mangel an leistungsfähiger logistischer und administrativer Infrastruktur zu kämpfen. Die Stadt Brandenburg bediente sich zunächst eines externen Sanierungsträgers, ehe sie 1996 diese Aufgabe in Eigenregie übernahm.

In den 1980er Jahren waren in der Brandenburger Innenstadt etwa 50 Objekte als Baudenkmale eingetragen, vor allem die mittelalterlichen Großbauten, aber nur eine kleine Auswahl historischer Bürgerhäuser. Nach der Wende wurden auf der Basis des neuen

1 Brandenburg an der Havel, Blick in die Altstädtische Fischerstraße 1993 mit unsanierten Bürgerhäusern

2 Brandenburg an der Havel, Übersichtsplan Innenstadt. Eingetragen sind alle Bau- und Gartendenkmale, durch Bauforschung untersuchte Objekte und archäologisch untersuchte Flächen.



Denkmäler und Untersuchungen

- Baudenkmäler Stand 2007
- Gartendenkmale
- Kellerkataster
- teilweise Bauforschung
- intensive Bauforschung
- Archäologische Untersuchung

Denkmalschutzgesetzes von 1991 binnen weniger Jahre mehr als 400 Einzeldenkmale, Ensembles und Gartendenkmale im Brandenburger Stadtkern unter Denkmalschutz gestellt. Damit besitzt Brandenburg die größte Denkmaldichte im Bundesland. Ziel ist es, die historische Bausubstanz in ihrer Vielfalt als Bestandteil der räumlichen, architektonischen und historischen Identität zu erhalten. Die Akzeptanz des Denkmalschutzes ist mit fortschreitender Sanierung und Wiederbelebung der Innenstadt erheblich gewachsen. Eine denkmalgerechte Sanierung von Wohnbauten gilt inzwischen als Markenzeichen für hochwertiges Wohnen. (Abb. 2)

Zu Beginn der 1990er Jahre waren vor allem Vorplanungen, Sicherungs- und Infrastrukturmaßnahmen durchgeführt worden. Ein Sanierungserfolg war – auch wegen der gewaltigen Zahl der Bauten – lange Zeit im Stadtbild kaum wahrnehmbar. Nach Rückübertragungen und Verkäufen traten ab Mitte der 1990er Jahre verstärkt private Bauherren in Aktion. Der gesteigerten Nachfrage nach Förderung trug man Ende der 1990er Jahre durch Prioritätensetzung Rechnung. In der Regel wurde nur noch die Sanierung der Gebäudehülle mit einem Maximalsatz von 40 % gefördert. Hinzu kamen finanzielle Anreize wie die Eigenheim-

3 Brandenburg an der Havel, Blick in die St.-Annen-Straße 2009. Das gesamte Quartier wurde durch die städtische Wohnungsbaugesellschaft 2007/2009 flächendeckend hochwertig saniert.

zulage, die Investitionszulage, steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten, kostengünstige Kredite durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau und andere. Im Rahmen des Stadtumbauprogramms saniert seit einigen Jahren die städtische Wohnungsbaugesellschaft ihren innerstädtischen, zum Teil denkmalgeschützten Bestand. (Abb. 3)

Während die Einwohnerzahlen im Allgemeinen zurückgehen, ist eine zunehmende Nachfrage nach Wohnraum in der Innenstadt zu verzeichnen. Äußerst begehrt sind Einfamilienhäuser in ruhigen und malerischen Lagen der Innenstadt. (Abb.4)

Da der Stadtkern in weiten Teilen seine historische Straßen- und Parzellenstruktur bewahrt hat, war es von Anfang an das Ziel, Baulücken zu schließen und so Straßenräume wiederherzustellen. Nachdem der öffentlich geförderte Geschosswohnungsbau 1996 eingestellt worden war, verlagerten sich Neubaumaßnahmen auf Ein- oder Zweifamilienhäuser, die meist auf historischen Grundstücken die abgegangene Bebauung ersetzen. Geringe Wohnungs- und Ladenmieten setzen der Neubaudynamik im Stadtkern aber enge Grenzen. Daneben gibt es einige größere Bauvorhaben in den herausragenden Geschäftslagen der Neustadt, so die Errichtung eines Kaufhauses in der Hauptstraße und eines großen Einkaufszentrums in der St.-Annen-Straße.

Nach der Wende haben viele, zum Teil bedeutende Baudenkmale ihre Funktion verloren. Besonders wichtig ist es daher, neue Nutzungen für alte Bauten zu finden. Kriterien hierfür sind eine adäquate Nutzung und

4 Brandenburg an der Havel,
Blick in die Wollenweberstraße 1993 und 2009

eine denkmalverträgliche, d.h. substanzschonende Planung und Umsetzung. Beispiele für eine erfolgreiche Umnutzung sind die Konversion der in der Kaiserzeit errichteten Kasernen in der Magdeburger Straße, in der nun die Fachhochschule Brandenburg und Teile der Landesverwaltung ihren Sitz haben, das Paulikloster, das seit kurzem das Archäologische Landesmuseum beherbergt, die ehemalige Spielwarenfabrik in der Plauer Straße und der Komplex rund um das Altstädtische Rathaus, die als Verwaltungsstandorte reaktiviert wurden. (Abb. 5)

Während inzwischen etwa zwei Drittel des Hausbestandes saniert sind, wurden für einige Baudenkmäler noch keine tragfähigen Lösungen gefunden. Hier ist die bauliche Anpassung an geltendes Recht und moderne Anforderungen schwierig und sehr teuer, zumal bei großer Kubatur oft nur eine kleine Nutzfläche erzielbar ist. Dies ist auch ein städtebauliches Problem, weil diese Häuser oft in herausragender Lage, in Blickachsen und an Straßenecken stehen. Eine denkmalgerechte Sanierung ist mit den regelmäßig verfügbaren Förderkonditionen oft nicht rentierlich. Eine Übernahme in öffentliche Nutzung ist nur ausnahmsweise möglich, so dass zur Rettung dieser wichtigen Denkmale neue Sanierungs- und Förderstrategien gefunden werden müssen.

Auch die Gestaltung des öffentlichen Raums hat eine hohe Bedeutung. Die Instandsetzung und Aufwertung der innerstädtischen Straßen und Plätze muss ihrem jeweiligen Charakter Rechnung tragen. So wurde im Bereich von Denkmalensembles auf eine Gestaltung in Anlehnung an historische Zustände geachtet und Pflaster verlegt. Interessenkollisionen zwischen verschiedenen Nutzergruppen sind aber gerade in engen Innenstadtstraßen oft unvermeidlich.

Eine wichtige Rolle spielt auch die Erforschung des Stadtkerns im Zuge von Baumaßnahmen. Archäologische Dokumentationen in der Innenstadt und die Bauforschung an den Denkmalen haben nicht nur zahlreiche Details zur Vergangenheit geliefert, sondern in vielen Punkten ein neues Bild der Stadtgeschichte entstehen lassen und die Bedeutung des Denkmalensembles unterstrichen.

Jeder der drei historischen Stadtkerne ist umgeben von einem grünen Saum. In der Altstadt und der Neustadt zeichnen die Grünflächen den Verlauf der mittelalterlichen Wall- und Grabenanlagen nach, die seit dem 19. Jahrhundert in öffentliche Parkanlagen umgewandelt wurden. Heute sind sie nicht nur Veranstaltungs- und Naherholungsorte, sondern auch bedeutende Gartendenkmale und leiten östlich der Innenstadt zu einem ausgedehnten Landschaftsschutzgebiet über. Mit der Wiederherstellung und Aufwertung dieser Grünanlagen wurde eine wichtige Voraussetzung für die BUGA geschaffen, die 2015 das grüne Band zwischen Brandenburg an der Havel und Havelberg entlang der Havel inszenieren wird. ■

5 Brandenburg an der Havel, Blick auf das Paulikloster. Die Ruine der im 2. Weltkrieg ausgebrannten Anlage wurde seit 2004 als Archäologisches Landesmuseum neu ausgebaut.

Manfred Richter, Jahrgang 1951, bis 1990 ökonomischer Leiter beim FDGB-Feriendienst, gründet mit einigen Mitstreitern im Januar 1990 die SPD-Ortsgruppe und ist seit den Kommunalwahlen 1990 Bürgermeister von Rheinsberg. Angeregt durch die Partnerstadt Ascheberg/Münsterland und die nordrhein-westfälische Arbeitsgemeinschaft Historische Stadtkerne wird in der Stadt eine breite Diskussion darüber geführt, wie Rheinsberg zukünftig aussehen soll. Zügig werden Satzungen erlassen, um das Erscheinungsbild und die historische Bausubstanz der Altstadt zu schützen. Einige historische Gebäude, deren Sanierung durch Private mehrmals scheitert, nimmt die Stadt später in öffentliche Nutzung. So werden Erhalt und Erneuerung möglich.

»Der Ruf von Rheinsberg wird in die Welt getragen«

»Damals haben wir uns ungeachtet verschiedener Parteiangehörigkeiten gemeinsam engagiert. Heute ist manches schwerer durchzusetzen – bei den Stadtverordneten, aber auch in der Bevölkerung. Ich freue mich immer, wenn Eigentümer, Architekt und Denkmalpfleger gemeinsam eine Lösung finden. Daraus entstehen gute Ergebnisse für die Häuser und ihre Bewohner. Und ich freue mich über die vielen Menschen, die nach Rheinsberg kommen: die internationalen Künstler und die Menschen, die sich für das Kulturleben hier interessieren.«

Sascha Bütow, Felix Henze

»Unsere Stadt ist nicht das, was sie sein müsste.«

Die Wiederentdeckung des historischen Schloss- und Klosterareals Doberlug

Die Wiederentdeckung des historischen Stadtkerns

Mit steter »Sachlichkeit«, wie Bürgermeister W. Lange später anerkennend hervorhob, diskutierten Politiker und Bürger gleichermaßen seit dem Herbst 1989 in Doberlug-Kirchhain den desolaten Zustand des Altstadtbereichs. Dieser war, wie ein innerstädtischer Bericht aus dem Frühjahr 1990 selbstkritisch offenlegte, »dem immer stärker werdenden Verfall preisgegeben«. Angesichts solcher Zustände musste auch Bürgermeister W. Lange vor der Stadtverordnetenversammlung im April 1990 feststellen, dass die Stadt Doberlug-Kirchhain »nicht das [sei], was sie sein müsste«. Dieses Eingeständnis reagierte auf ein inzwischen gesteigertes bürgerliches Bewusstsein zur denkmalgerechten Wiederherstellung des historischen Stadtkerns Doberlug. Befördert durch die Ereignisse in der DDR ab Oktober 1989, wurde dies zunehmend nun auch politisch artikuliert. Innerstädtisch bot der aus einer Reihe öffentlicher Rathausgespräche hervorgegangene »Runde Tisch« dazu Gelegenheit. Von den beiden Pfarrern Rainer Schröder (Kirchhain) und Andreas Paul (Doberlug) entscheidend mit organisiert, saßen hier Stadtverordnete und Bürger, um gemeinsam das kommunale Leben und die Politik aufrecht zu erhalten sowie städtebauliche Anliegen neu zu regeln. (Abb. 1)

Nachdem sich abzeichnete, dass die Nationale Volksarmee das bisher als Kaserne genutzte Schlossgelände verlassen würde, plante die Stadt Doberlug-Kirchhain im Herbst 1989 in Absprache mit dem Rat des Kreises Finsterwalde die Übernahme von Teilbereichen der ehemaligen Kaserne. Stadt und Kreis strebten die Übernahme des ehemaligen Medizinpunktes der NVA und einer daneben liegenden Villa an, wobei nach einer Ortsbesichtigung der politisch Verantwortlichen feststand, die im »Objekt Schloß« auftretenden baulichen Werterhaltungsmaßnahmen

1 Gremium politischer Entscheidungen – Am runden Tisch von Doberlug

nur »mit minimalem Aufwand herzustellen«.

Diese Pläne stießen jedoch bei der sich zeitgleich formierenden Bürgerrechtsbewegung nicht auf Gegenliebe. Wie vielerorts in der DDR boten auch die beiden Kirchengemeinden Doberlug-Kirchhains einen Ort politischer und sozialer Gegenöffentlichkeit. Am 18. Oktober 1989 fand dementsprechend in der evangelischen Kirche Kirchhain eine Veranstaltung der Bürgerinitiative »Demokratie Jetzt!« statt. Sie kritisierte, dass die Pläne zur Nachnutzung des Schlosses »über unsere Köpfen hinweg« entschieden worden seien. Auch Pfarrer Paul bestand darauf, dass das Schlossareal einer dringenden denkmalgerechten Pflege und Restauration bedürfe, was die NVA bis zur endgültigen Abnahme zu erbringen habe.

Auch dies war ein Ausdruck für die inzwischen auf den Weg gebrachte Wiederaneignung des historischen Stadtkerns in Doberlug. Schloss, Kloster, Kirche und Stadt schienen sich nun gedanklich wieder zu vereinen. Eine Auseinandersetzung mit der Geschichte dieses Areals begann.

Der Weg zum historischen Stadtkern

Im Zuge der deutschen Ostsiedlung begründete Markgraf Dietrich von Landsberg (1125/30-1185) im Jahre 1165 ein Zisterzienserkloster in den sumpfigen Niederungen der kleinen Elster. Infolgedessen konnte die Klosterkirche, die heutige evangelische Pfarrkirche, 1228 geweiht werden. Mit Einführung der Reformation (1541) erfolgte die Säkularisierung des Klosters. Das Refektorium und die weiteren Gebäude des Komplexes wurden von der Landesherrschaft privatisiert, verkauft, verpfändet bzw. landwirtschaftlich umgenutzt.

1624 erwarb der sächsische Kurfürst Johann Georg I. die Herrschaft »Dobrilugk«. Aus dem ehemaligen Klosterkomplex wurde ein Amtssitz. Durch eine Erbteilung gelangte Christian I. (1615-1695) aus der wettinischen Nebenlinie Sachsen-Merseburg 1657 in den Besitz dieser Herrschaft. Er baute das Klosterareal zu einem repräsentativen Jagdsitz mit Residenz aus; das Schloss entstand. Wenige Jahre später begann östlich des Schlosses der Bau einer planmäßig errichteten barocken Idealstadt. Auch die Klosterkirche erfuhr Umbauten und wurde zur Schloss- und Gemeindekirche umfunktioniert. (Abb. 2)

2 Der historische Stadtkern der Stadt Doberlug mit Kloster, Schloss und barocker Planstadt. Karte aus der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts

Auf dem Wiener Kongress (1815) wurde die Niederlausitz und somit auch »Dobrilugk« schließlich an Preußen angegliedert. Fortan war das Schloss Verwaltungssitz. Dass heute einzig das Refektorium an die klösterlichen Zeiten erinnert, ist einem Brand im Jahr 1852 zuzuschreiben. Der westliche und der östliche Flügel, welche Refektorium und Kirche miteinander verbanden, brannten nieder und wurden abgetragen.

Die militärische Enklave im historischen Stadtkern und die Mauer von Doberlug

Nach dem Ende des 2. Weltkrieges besetzten Sowjettruppen das Schloss Doberlug. Mitte des Jahres 1950 bezog zunächst die Kasernierte Volkspolizei die historischen Gebäude, die sie 1956 an die neugegründete Nationale Volksarmee übergab. Das nun militärisch genutzte historische Schloss- und Klosterareal wurde vom Rest der Stadt rigoros durch eine Mauer und damit auch die Soldaten von der Bevölkerung getrennt. Die Kasernenmauer ließ gleichsam eine militärische Enklave innerhalb der historischen Altstadt entstehen. (Abb. 3)

Das eingemauerte Schloss- und Klosterareal wurde durch die militärische Nutzung massiv beeinträchtigt. Die historischen Gebäude hatten fortan kriegstechnische Funktionen zu erfüllen. Im Erdgeschoss des Refektoriums ließ die NVA eine Artilleriewerkstatt mit Garagenanbau einrichten. Der Saal im Obergeschoss fungierte seit 1951 als Kino- sowie Vortragsraum und wurde bisweilen für Festlichkeiten der Stadtbevölkerung, etwa zu Jugendweihen, genutzt. Die hinter dem Schloss liegende Freifläche, ein ehemaliger Friedhof der Zisterzienser, der unter sächsischer Herrschaft zum repräsentativen Barockgarten umgestaltet worden war, wurde mit Beton befestigt, um als Abstellfläche für militärisches Großgerät zu dienen. (Abb. 4, 5)

Mit Hilfe der Armee setzten zwar in den Jahren 1979 bis 1982 auch Restaurierungsarbeiten am Schloss ein, das vom Denkmalschutz bereits 1948 als schützenswert eingestuft worden war. Jedoch resultierten diese Maßnahmen nicht aus dem Denkmalwert, sondern waren vielmehr von dem Zweck der militärischen Nutzung des Areals bestimmt, womit zugleich die beschränkten Einflussmöglichkeiten des Denkmalsschutzes der DDR offen zu Tage traten. Dennoch dürften die fortwährend notwendigen und kostspieligen Sanierungsarbeiten neben den Mitte der 1980er Jahre vereinbarten internationalen Abrüstungsverträgen einen gewichtigen Grund dafür gegeben haben, weshalb die NVA die Kaserne ab 1988 räumen ließ. Die letzten Soldaten verließen das Schloss Doberlug zwischen April und Mai 1989.

Der Fall der Mauer von Doberlug

Die Wiedervereinigung des von der Armee in großen Teilen besetzten historischen Areals blieb der Nachwendezeit vorbehalten, die allerdings an den gefestigten politischen Willen des Runden Tisches anknüpfen konnte. Die Nachnutzung des Schloss- bzw. Klosterareals sollte künftig nicht mehr »von oben« beschlossen, sondern in kommunaler Eigenver-

3 Die militärische Enklave im historischen Stadtkern. Kasernentor mit dahinterliegendem Schloss

4 Militärfahrzeuge vor dem zur Werkstatt umfunktionierten Refektorium

5 Der ehemalige Friedhof und Barockgarten, durch die Kasernenmauer von der Kirche getrennt und befestigt

antwortung getragen werden. Dazu mussten allerdings Schloss und Refektorium, die jetzt dem Bundesministerium für Verteidigung unterstanden, erst einmal durch die Stadt erworben werden. 1994 schließlich übergab das Bundesvermögensamt als neuer Schlossbesitzer das ehemalige militärische Gelände an die Stadt. Damit öffnete sich der Weg für die lang angestrebten Sanierungsmaßnahmen, denen zunächst umfangreiche Abrissarbeiten vorausgingen. Neben den zahlreichen Relikten und Gebäuden aus der Armeezeit trug man nun auch die Kasernenmauer ab, womit das historische Areal in seiner Gesamtheit wiederhergestellt wurde. Die dadurch initiierte Revitalisierung des historischen Stadtkerns begleitet die Stadt Doberlug-Kirchhain bis in die Gegenwart hinein. ■

Klaus Rother, Jahrgang 1926, Professor für Immunologie an der Universität Heidelberg und in den 1980er Jahren deren Prorektor, reist nach dem Mauerfall in seine Geburtsstadt Wittstock. Erschrocken über den Verfall der Bauten und in klarer Einschätzung der nun von der Stadt zu bewältigenden Aufgaben organisiert er Unterstützung aus Baden-Württemberg: Zügig lässt er die Verantwortlichen schulen in den neuen verwaltungs- und insbesondere kommunalrechtlichen Rahmenbedingungen, folgenschwere kommunale Fehlinvestitionen kann er mit fachkundiger Hilfe verhindern. In Westdeutschland lebende gebürtige Wittstocker gewinnt er für den »Verein der Freunde von Wittstock« und engagiert sich mit ihnen in zahlreichen Projekten für die Stadt. Ein in der Stadterneuerung erfahrener Architekt wird für die Bestandsaufnahme der Altstadt und erste Planungen gewonnen. Als eines der ersten Häuser ist Klaus Rothers Elternhaus am Markt wiederhergestellt. Dem Sanierungsbüro stellt er hier unentgeltlich Räume zur Verfügung.

»Das ist meine Heimat«

»Jetzt musste ich etwas für meine Stadt tun. Sie musste wieder entwickelt werden; die Rettung der Altstadt gehörte dazu. Ich kannte die richtigen Leute und habe sie hierher geholt. Es freut mich zu sehen, wie viele Bauten wiederhergestellt wurden. Ich bin mehrmals im Jahr in Wittstock – diesmal gibt es hier in der Straße zum ersten Mal keine Baulücke mehr. Besonders froh bin ich auch, dass unsere Idee für ein Museum des Dreißigjährigen Krieges umgesetzt wurde. Für die Stadt wünsche ich noch viel mehr Initiative, damit sie etwas findet, wovon sie wirklich leben kann.«

Markus Hennen, Norbert Jannek

Jüterbog – »Wir bleiben«

Jüterbog während der politischen Wende 1988 bis 1990

Die neue politische Aufrichtigkeit unter Gorbatschow schlug sich auch im sowjetischen Magazin »Sputnik« nieder, was aus diesem Grund am 19. November 1988 in der DDR verboten wurde. Am 24. November 1988 schrieb deswegen der beim Kreisgericht Jüterbog tätige Richter Steffen Kappler eine Eingabe an den Minister für Post- und Fernmeldewesen. Er wurde daraufhin aus der SED ausgeschlossen und zu Pförtnerdiensten abkommandiert. Das von großspurigen Sprüchen begleitete »Kaltstellen« eigener kritischer Gefolgsleute, die Negierung von Glasnost, die plumpe Wahlfälschung am 7. Mai 1989 und die vielen wirtschaftlichen und sozialen Schieflagen mobilisierten große Teile der Bevölkerung zu politischer Aktivität.

Zum Jugendforum am 31. Oktober 1989, in dem die FDJ den Dialog mit christlicher Jugend führen sollte, kamen 2.000 Menschen aller Altersklassen. Die Diskussion mit den städtischen und den Kreisvertretern verlief sehr kontrovers. Dank der geschickten Moderation des Pfarrers Bernd Lotz kam es nicht zu tätlichen Übergriffen. Zu diesem Zeitpunkt ahnte niemand, dass Zivilaufklärer über Funk in Verbindung zur Volkspolizei, zur SED-Kreisleitung und zu »persönlich ausgesuchten, zuverlässigen Genossen« der Kampfgruppen standen, die zum bewaffneten Einsatz bereit waren.

Am 5. November 1989 fand die bis dahin größte Protestkundgebung in Jüterbog auf dem Ernst-Thälmann-Sportplatz mit etwa 6.500 Menschen statt. Es ging hauptsächlich um Demokratie, freie Wahlen, Abbau der Vormachtstellung der SED, den Wegfall von Privilegien für Funktionäre und um Reisefreiheit. Einige in die Kritik geratene Funktionäre übten von da an ihr Amt nicht mehr aus.

Etwa 800 Teilnehmer waren der Einladung der Evangelischen Kirche zum Geden-

Plakat der LDPD zur Beteiligung an der Demonstration am 17. Dezember 1989

Die LDPD-Versammlung auf dem Jüterboger Marktplatz am 17. Dezember 1989

ken an die Pogrome am 9. November 1938 unter dem Motto: »Juden und andere Verfolgte staatlicher Macht« in die Nikolaikirche gefolgt. Am Präsidium nahmen neben Kirchenvertretern auch Repräsentanten des Kreises gegen den Willen der SED-Kreisleitung teil. Nach der Andacht wurden Aussagen von Misshandelten der Demonstrationen am 7. Oktober 1989 verlesen und Betroffene stalinistischer Willkürakte meldeten sich zu Wort.

Blick in die Zinnaer Straße 1989

Auf die Nachricht der sofortigen Reisefreiheit reagierten die Anwesenden mit Freude und Erleichterung. Spontanen Applaus gab es aber auch für den Wunsch zum Verbleib und zur Erneuerung der DDR mit dem Aufruf »Wir bleiben!«

Am 19. Dezember 1989 konstituierte sich das »Bürgerforum Jüterbog«. Am 4. Januar 1990 kam der Runde Tisch des Kreises Jüterbog auf Initiative der Evangelischen Kirche erstmals in Treuenbrietzen zusammen. Unter der Leitung von Pfarrer Wolfgang Zimmermann aus Treuenbrietzen tagte dieser bis zum 19. April 1990 wöchentlich. Am 18. März 1990 fanden die ersten freien und geheimen demokratischen Wahlen der Volkskammer statt. Von den 27.946 Wahlberechtigten im Kreis Jüterbog gaben 95,03 % ihre Stimme ab. Neben der Volkskammer waren aber auch die kommunalen Vertretungen neu zu bestimmen. Am 6. Mai 1990 wurden mit einer Wahlbeteiligung von 80,45 % die Kommunalvertretungen gewählt. Als neuer Landrat wurde Dr. Siegfried Jausch bestimmt. In der konstituierenden Sitzung zur neugewählten Stadtverordnetenversammlung wurde Bürgermeister Hartmut Luther aus DDR-Zeiten zunächst bestätigt. Doch weil er sich nicht der Stasi-Überprüfung stellen wollte, kehrte er aus dem Sommerurlaub nicht mehr zurück.

Am 23. August 1990 wählten die Stadtverordneten Bernd Rüdiger zum neuen Bürgermeister, der bis heute noch im Amt ist.

Die Wiederbelebung der Altstadt Jüterbog

In der Altstadt von Jüterbog wiesen rund 56 % der Wohnhäuser erhebliche Mängel hinsichtlich Bauzustand und Ausstattung auf. Straßen-, Platz- und Freiflächen waren schadhaft und hatten erhebliche Defizite in ihrer Gestaltungsqualität. Ein in DDR-Zeit aufgestellter Generalbebauungsplan, der umfangreiche Abrissobjekte auswies, kam zum Glück nicht mehr zum Tragen.

1991 zählte Jüterbog zu den ersten brandenburgischen Städten, die in das Bundesdeutsche Stadterneuerungsprogramm »Städtebaulicher Denkmalschutz« aufgenommen wurden. Die Ausweisung der 42 ha großen Altstadt als förmlich festgesetztes Sanierungsgebiet war einerseits Voraussetzung für den Erneuerungsprozess, bildete aber zugleich auch die wirtschaftliche Grundlage für das Florieren der lokalen Baubranche.

Vor dem Hintergrund ungeklärter Eigentumsverhältnisse, von Restitutionsansprüchen, Verfahrensunsicherheiten, fehlenden Grundkatastern etc. entschieden sich

Blick in die Mönchenstraße 1989

Rathaus Jüterbog 2001

die städtischen Vertreter zur Modernisierung und Instandsetzung des Marktplatzes in den Jahren 1991 bis 1993. »Aus einem asphaltierten Parkplatz und Busbahnhof wurde nach gründlicher Sanierung ein Stadtplatz als urbane Mitte zurückgewonnen. Mit dieser – wegen der starken Mittelkonzentration auf den öffentlichen Raum – in der Bevölkerung zunächst umstrittenen Maßnahme wurde eine auch über die Stadt hinaus beispielhafte Leistung vollbracht, die zugleich als Signal und Maßstab für die Sanierung der gesamten Altstadt wirkt«, hieß es 1994 in der Laudatio zur Verleihung einer Silberplakette im Bundeswettbewerb zur »Erhaltung des historischen Stadtraums in den neuen Ländern der Bundesrepublik Deutschland«.

Herausragende Investitionsmaßnahmen der Stadt Jüterbog seit 1990

Das Rathaus
Der schlechte Bauzustand des Rathauses und die modernen Anforderungen an die Funktionalität einer Verwaltung erforderten von 1991 bis 1999 umfassende Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen. Insgesamt wurden vom Bund, dem Land Brandenburg und der Stadt Jüterbog 2.325.500 Euro investiert.

Das Kulturquartier Mönchenkloster
Bereits 1980 schlug eine Arbeitsgruppe die Nutzung der als Lager dienenden Mönchenkirche als Bibliothek und Konzertstätte vor. Die Umbauarbeiten erfolgten 1981–1985.

Im Rahmen des EU-Programms Interreg IIC – Baltic Sea Region wurde 2000 ein umfassendes Konzept zum Ausbau als zentrales Kulturquartier in Jüterbog erarbeitet. Der historische Ort sollte sich zu einem exponierten, über die Region ausstrahlenden kulturellen und touristischen Anziehungspunkt entfalten. Die Realisierung des Vorhabens, das Bibliothek, Museum, Theater- und Kulturstätte, Stadtinformation, Vereinsräume sowie das kulturhistorische Archiv städtisch zentralisiert, erfolgte 2001–2005 in mehreren Bauabschnitten. Mit insgesamt 6,4 Millionen Euro Gesamtkosten ist es das größte und ehrgeizigste Einzelvorhaben der Stadt Jüterbog.

Bilanz und Ausblick

Die Bilanz der bisherigen Sanierungsarbeit in Jüterbog ist beachtlich: Rund 26 Millionen Euro an Städtebaufördermittel zuzüglich 3 Millionen Euro aus dem Kulturinvestitionsprogramm (KIP) flossen bisher in die Altstadt. Die Sanierung von 220 der 380 Gebäude im Sanierungsgebiet und die Erneuerung des öffentlichen Raumes konnte mit Unterstützung des Ministeriums für Infrastruktur und Raumordnung und des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg und des Brandenburgischen Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseums gefördert werden. Zusätzlich ist ein Vielfaches an privaten Geldern in die Sanierung der Altstadt geflossen. Sämtliche Gelder sind vor allem der örtlichen Bauwirtschaft zugute gekommen und haben Arbeitsplätze geschaffen und gesichert. Die Stadtsanierung hat sich als eines der effizientesten Programme der Wirtschafts- und Arbeitsplatzförderung erwiesen.

Bis zum Abschluss der Altstadtsanierung sollen auch die Sorgenkinder der Altstadtsanierung, die seit langem leerstehenden Gebäude, sowie die weitere Verbesserung der Aufenthaltsqualität und die Erneuerung der Bundesstraße 102, die direkt durch die Altstadt führt, fertig gestellt sein. ■

Der Marktplatz 1992 – die Vorbereitungen für die Baumaßnahmen sind in vollem Gange

Hans-Georg Schulz, Jahrgang 1933, 1978–1993 Bürgermeister von Mühlberg/Elbe, trat dieses Amt mit dem Vorsatz an, denkmalgeschützte Gebäude zu erhalten und die Stadt denkmalgerecht zu entwickeln. Als Leiter des Möbelwerkes hatte er in den 1970er Jahren westdeutsche Städte besucht und dabei auch Anregungen zur Stadterneuerung aufgenommen. Die Verständigung mit dem Rat der Stadt, den Verantwortlichen der Kirchen, der Denkmalpflege, des Kreises und der SED sowie die Aktivierung der meist alteingesessenen, privaten Hauseigentümer und der Feierabendbrigaden ist in Mühlberg ebenso gelungen wie die mühsame Beschaffung von Baumaterial.

»Wir mussten die Wohnungen erhalten«

»Mühlberg war Vorzeigeobjekt für den Bezirk Cottbus. Unsere Erfahrungen mit der Ortsgestaltungskonzeption sind noch in den 1980er Jahren in zwei Auflagen im Staatsverlag erschienen. Inzwischen aber geraten einige Gebäude in baufälligen Zustand. Seit Kieswerk und Möbelfabrik geschlossen wurden, sind viele Menschen weggegangen. 1989 hatten wir das Wohnungsproblem hier fast gelöst, aber nun stehen Wohnungen leer – auch im Stadtkern.

Besonders froh bin ich, dass wir in den 1980er Jahren die Klosterkirche und ihre Ausstattung erhalten konnten. Das Dach war kaputt, die Gewölbe drohten einzubrechen, da sich dort Regenwasser sammelte, der Turm neigte sich… Durch Beziehungen und den Einsatz von Feierabendbrigaden konnten wir dieses wertvolle Gebäude erhalten, zwischenzeitlich als Konzertsaal nutzen und später der katholischen Kirche übergeben.«

Rainer Lehmann

Einfluss der gesellschaftlichen Veränderungen auf die städtebauliche Entwicklung der Altstadt Kyritz

Zu den wesentlichen Gründen, die im Herbst 1989 die Menschen zu Hunderttausenden auf die Straßen führten, zählten auch unbefriedigende Wohnbedingungen, die in einer dauerhaften Vernachlässigung der vorhandenen Gebäudesubstanz, insbesondere in den baugeschichtlich wertvollen Altstädten, begründet lagen.

Der nach dem Krieg einsetzende Wiederaufbau der Städte in Deutschland führte im Westen im Zuge der frühen »Wirtschaftswunderjahre« zu einem Neubauboom, dem ein ähnlich hoher Anteil historischer Bausubstanz zum Opfer fiel wie durch die Kriegszerstörungen. Der deutlich geringeren Wirtschaftskraft im Osten war es geschuldet, dass – abgesehen von politisch motivierten Abrissen – fast alle nutzbare historische Bausubstanz erhalten blieb. Nach Instandsetzung kriegsgeschädigter Gebäude konzentrierte man sich aber auch im Osten auf den Neubau. Damit setzte sich die durch Kriegs- und Wirtschaftskrisenjahre begonnene Vernachlässigung der Erhaltung der historischen Gebäudesubstanz fort.

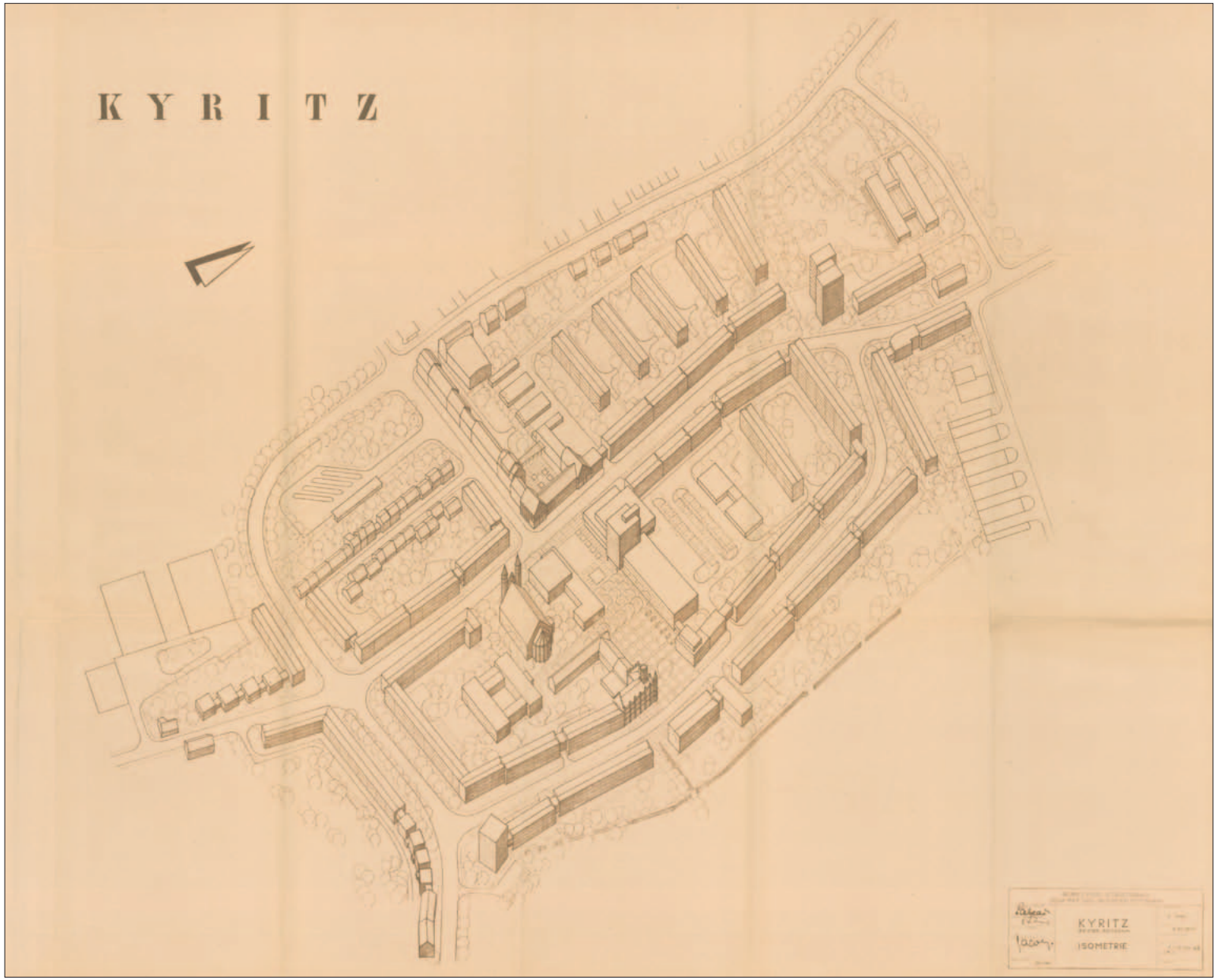
Nach der 1. Baukonferenz in der DDR 1955, die unter der Losung »Besser, schneller, billiger bauen« stand, wurde die Industrialisierung des Bauwesens eingeleitet und mit dem 1. Kolloquium zum Städtebau die Neuausrichtung formuliert: »Der Hauptweg der sozialistischen Umgestaltung alter Stadtgebiete wird … nach 1965 … durch einen flächenhaften komplexen Abriss … vor allem alten Wohnbestandes und seines Ersatzes durch neue Gebäude gekennzeichnet«[1] sein. Dass Neubau nicht mehr im kostenintensiven »Zuckerbäckerstil« erfolgte, hatte auch politischen Hintergrund: In der Abrechnung Chruschtschows mit dem Stalinismus nahm die Architektur einen hohen Stellenwert ein. Bestärkt wurde diese Entwicklung durch den Beschluss des Woh-

Kyritz, Abwicklung, Nordseite der Prinzenstraße vor der Sanierung

nungsbauprogramms im Jahr 1971, der einseitig den Neubau unter weitgehender industrieller Vorfertigung und Montage der Gebäude vorsah.

Als sich nach einigen Jahren abzeichnete, dass das Wohnungsproblem mit der verfolgten Strategie nicht gelöst werden konnte, da der Neubau am Stadtrand zunehmend nur den Verlust an Altbauwohnungen ausglich, begann eine Umorientierung zur Bestandserhaltung. Allerdings ermöglichte die gesamtwirtschaftliche Lage der DDR keine dem Sanierungsbedarf entsprechende Neuausrichtung der Baukapazitäten. Untersuchungen zu Beginn der 1980er Jahre von 135 Kreisstädten[2] ergaben, dass in einigen Städten in den letzten 20 Jahren weniger als 10 (!) Gebäude instand gesetzt wurden und der Anteil der ruinösen Gebäude bis zu 10 % betrug. Dabei konzentrierte sich in diesen Städten das baukulturelle Erbe. Drei Viertel dieser Städte besaßen Denkmalschutzbereiche und in 44 Städten war der gesamte Stadtkern unter Schutz gestellt.[3] Die stärkere Berücksichtigung von Instandsetzung und Modernisierung in den 1980er Jahren hatte auf Kreisstädte wie Kyritz kaum Auswirkungen. Die politisch vorrangige Erneuerung der Hauptstadt und der Bezirksstädte zog Baukapazitäten aus den Kreisen ab, deren Fehlbedarf durch zusätzliche lokale Bauleistungen – Feierabendbrigaden aus örtlichen Betrieben und der Landwirtschaft – nicht annähernd gedeckt werden konnte.

Am Beispiel von Kyritz spiegelt sich die städtebauliche Entwicklung einer im Krieg nicht zerstörten Altstadt in der DDR exemplarisch wider. Erfolgten in den ersten Nachkriegsjahren nur dringendste Reparaturen, sind in den 1950er und 1960er Jahren erste Erneuerungsleistungen der Hauseigentümer im Rahmen ihrer wirtschaftlichen Möglichkeiten zu verzeichnen. Durch das Büro für Städ-



Isometrie, Entwurf der Neubebauung der Altstadt. Büro für Städtebau Potsdam 1968

Die Altstadt von Kyritz vor Beginn der Sanierung

tebau Potsdam beim Rat des Bezirkes, das alle städtebaulichen Planungen der Städte des Bezirkes bearbeitete, wurde 1968 eine »Generalbebauungsplanung und Rekonstruktion der Innenstadt« vorgelegt. Diese Planung folgte den damaligen Zielstellungen von der Umgestaltung der Altstädte und sah neben dem Erhalt von Rathaus, Kirche und fünf Gebäuden am Marktplatz sowie einigen Häusern am Altstadtrand den vollständigen Abriss des historischen Stadtkerns vor. Als Neubebauung waren in weitgehender Funktionsentflechtung viergeschossige Wohnblöcke sowie Bauten unterschiedlicher Geschossigkeit für Handel, Dienstleistung, Kultur und ein zehngeschossiges Verwaltungsgebäude am Marktplatz geplant.

Obwohl die Umsetzung der Planung nie ernsthaft verfolgt wurde, trug sie dazu bei, dass Erhaltungsmaßnahmen an der Altstadtsubstanz in den Folgejahren nur noch ausnahmsweise vorgenommen wurden. Die in den späten 1970er Jahren errichtete Kaufhalle, der man mehrere der baugeschichtlich wertvollsten Gebäude der Altstadt opferte, folgte im planerischen Ansatz noch der Erneuerungsstrategie der 1960er Jahre, aber ihr Standort ignoriert bereits die frühere Planung.

Erst mit Beginn der 1980er Jahre wurden planmäßige Erneuerungsmaßnahmen an einzelnen Gebäuden realisiert. Erfolgte der erste Neubau nach Abriss in der Hamburger Straße 40 noch sehr unmaßstäblich, nahmen spätere Erneuerungen – zumindest zum öffentlichen Raum – Proportionen, Fassadengliederung und Dachneigung der historischen Gebäude auf. Geplante Rekonstruktionen scheiterten allerdings an Materialknappheit, vor allem beim Holz, so dass Fachwerkbauten nicht saniert werden konnten und nur als massive Gebäude neu entstanden.

Die in den 1980er Jahren begonnene Erneuerung einzelner Gebäude, zu der auch die Marktzeile zählt, umfasste aber insgesamt weniger als 10 % des Gebäudebestandes in der Altstadt. Die überwiegenden Baumaßnahmen beispielsweise im Zusammenhang mit der 750-Jahrfeier der Stadt im Jahr 1987 hatten nur kosmetischen Charakter und trugen nicht zu einer nachhaltigen Erhaltung bei. Damit war absehbar, dass sich unter den politischen und wirtschaftlichen Bedingungen der DDR eine grundhafte Sanierung der Altstadt nicht verwirklichen ließ. Der sozialpolitische Anspruch eines über Jahrzehnte stabilen Mietpreises, der das Missverhältnis zwi-

Kyritz, Prinzenstraße 6/8/10 vor der Sanierung 1994/1995 und gegenwärtig

schen Neubau- und Erhaltungskosten sowie den zu erzielenden Einnahmen dynamisch wachsen ließ, war eine wesentliche Ursache für den wachsenden Verfall des Baubestandes.

Der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik ermöglichte und erforderte eine neue Stadtentwicklungspolitik. Bezogen auf die Altstädte gab es mit dem besonderen Städtebaurecht ein rechtliches Instrumentarium und mit dem Städtebauförderungsgesetz finanzielle Unterstützungsmöglichkeiten, die Voraussetzung für einen Erneuerungsprozess waren, der mit dem Abstand von zwei Jahrzehnten betrachtet, beispiellos für die Geschichte der Stadtkerne ist. In Kyritz erkannte man früh die sich bietenden Chancen, aber auch Gefährdungen. Als 1991 erste Fördermittel zur Verfügung standen, wurde ein Sanierungsbeauftragter gebunden, mit dem die notwendigen planungsrechtlichen Voraussetzungen für eine städtebauliche Gesamtmaßnahme erarbeitet wurden. Die Sanierungsstrategie in der Altstadt richtete man darauf aus, vorrangig die Gebäude instand zu setzen und zu modernisieren, da im Gegensatz zum öffentlichen Raum hier die größten Defizite und Gefährdungen bestanden. Das spiegelt sich in der Verwendung von fast 65 % der Fördermittel für die Gebäudesanierung bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt wider.

Im Resultat ist ein in weiten Teilen sanierter Stadtkern entstanden, der von seinen erneuerten stadtdominanten Bauten wie Rathaus und Stadtmauer, Kirche und Volksbank geprägt wird. Aber vor allem ist mit der vor zwanzig Jahren eingeleiteten politischen Wende die Grundlage geschaffen worden, dass die Altstadt in ihrer baulichen Geschlossenheit erhalten blieb und mit ihrer gestalterischen und funktionellen Aufwertung der von den Bürgern mit Stolz präsentierte, uneingeschränkte Identifikationsmittelpunkt der Stadt Kyritz geworden ist. ■

Kyritz, Hamburger Straße 40 vor und nach der »Rekonstruktion« 1980/1981

Kyritz, Johann-Sebastian-Bach-Straße 44 vor und nach der Sanierung 2001/2002

Quellen

1 Collein, Edmund, Rekonstruktion der Stadtzentren, in: Zur Rekonstruktion der Stadtzentren. 1. Kolloquium für Städtebau der Hochschule für Architektur und Bauwesen, Weimar 1960, S. 7 ff.

2 Autorenkollektiv, Städtebauliche Grundlagen zur intensiven Nutzung und weiteren Gestaltung der Stadtzentren von Kreisstädten, Bauakademie der DDR, Institut für Städtebau und Architektur, Berlin Dezember 1982, S. 18.

3 ebd. S. 11.

Thomas Wardin, Jahrgang 1953, als Diplom-Ingenieur-Ökonom Hauptbuchhalter bei der LPG, ist Sprecher des Neuen Forums und seit 1990 Bürgermeister von Beelitz. Als Kind besserte er eigenhändig mit Stroh und Lehm die Gefache des elterlichen Hauses aus und ersetzte schadhafte Dachsteine. Der Rat des Kreises plante noch im Oktober 1989 die Errichtung weiterer Plattenbauten – ihm aber ist klar, dass die Altstadt gerettet und behutsam erneuert werden muss. Da die Hauseigentümer zunächst zurückhaltend sind, beginnt die Stadt mit der Erneuerung des Straßenraums und öffentlicher Gebäude. Mit ersten Fördergeldern werden bereits 1990 die Dächer von Schule und Amtsgericht erneuert.

»Ich bin froh, dass ich in dieser Zeit hier wirken kann«

»Im Rathaus und in der Schule waren einige Zimmer gesperrt, weil dort die Decken herunter kamen. Drei Viertel der Altstadtgebäude waren stark gefährdet. Ohne die Wende hätte der größte Teil der Altstadtbebauung und auch das Kirchengebäude, in dem ich getauft und konfirmiert worden bin, keine Chance gehabt. Am Kirchplatz sehe ich schon, dass sich unser Einsatz lohnt. Aber ich sehe auch, was noch alles zu tun ist.«

Margit Hülsebeck

Lenzen (Elbe): Vom Rande der DDR in die Mitte Europas

»Hier endet unsere Stadt« schrieb vor 30 Jahren am 18. Mai 1979 eine Lenzener Stadträtin in der Schweriner Volkszeitung. Grenzanlagen versperrten hinter der Seetorbrücke über die Löcknitz, nahe am historischen Stadtkern, die Weiterfahrt in das Sperrgebiet und zur Elbe. Zum Ende des Zweiten Weltkriegs wurde die Elbe zum Grenzfluss und Teil des »eisernen Vorhangs« zwischen den Weltmächten. Lenzen lag bis 1972 in der Sperrzone. Nach 1972 gab es für die Lenzener Erleichterungen. Sie durften wieder Besuch empfangen. Der Grenzkontrollpunkt hinter der Seetorbrücke aber blieb.

Am Morgen des 10. November 1989, nach dem Mauerfall in Berlin, war der Grenzkontrollpunkt zum Sperrgebiet geöffnet, wurde aber in den Vormittagstunden wieder geschlossen. Ungewissheit bei den Grenztruppen und Unverständnis bei der Bevölkerung klärten sich erst in den Folgetagen. Am 2. Dezember 1989 wurde die Grenzübergangsstelle Lenzen für DDR-Fußgänger im Fährverkehr geöffnet. Die Fahrgastschiffe »Lüneburger Heide« und »Deutschland« nahmen den Fährverkehr auf. Die feierliche Eröffnung des Grenzüberganges im Beisein von Niedersachsens Ministerpräsident Dr. Ernst Albrecht, des Vorsitzenden des Rates des Kreises Ludwigslust Kurt Draheim, sowie von Mitgliedern des Rates der Stadt Lenzen fand hinter verschlossenem Zaun ohne »das Volk« statt. Der Zorn auf die Politiker verhärtete sich. »Das Volk« erkämpfte sich hinter dem doppelten Grenzzaun mit stimmgewaltigem »Tor auf, Tor auf« den Weg zur Elbe. Gedränge an den Fahrgastschiffen, Sonderbusse nach Gartow, Bewirtung der »Offiziellen« im Gartower »Haus des Gastes« – »das Volk« ließ sich nicht mehr ausschließen. Ab dem 6. Januar 1990 wurde auch bundesdeutschen Bürgern erlaubt, den Grenzübergang zu passieren. An diesem Tage

Bis 1990: Auf der Seetorbrücke über die Löcknitz beginnt die Grenze.

Grenzöffnung am 2. Dezember 1989, 10 Uhr in Lenzen: Der offizielle Teil war beendet, »das Volk« bahnte sich den Weg zur Elbe.

feierten Menschen aus Ost und West ausgelassen das Wiedersehen in Lenzen. Die seit Ende des 2. Weltkrieges nicht mehr existierende Fährlinie wurde am 1. April 1990 offiziell wieder in Betrieb genommen. Die niedersächsische Nachbargemeinde Höhbeck kaufte eine alte Moselfähre, ließ sie herrichten und übergab sie unentgeltlich der Stadt Lenzen. Die Taufe auf den Namen »Westprignitz« fand am 27. März 1990 statt. Der Lenzener Fährmann Erich Butchereit übernahm den Fährbetrieb und baute 1998 anstelle des im Jahre 1967 abgerissenen Fährhauses am Elbedeich ein neues, modernes Fährhaus.

Vor der Wiedervereinigung beider deutscher Staaten am 3. Oktober 1990 wurden

Das Rathaus von Lenzen heute.

Das Rathaus von Lenzen im Sommer 1976.
Absicht: Zum »kleinen wohle« des Volkes?

Lenzen, Blick in die Stadtpfarrkirche St. Katharinen 2005

durch die Grenztruppen der DDR und die Bürger die Grenzzäune abgebaut. Das Tor zur Welt war geöffnet. Wo die Stadt einst endete, beginnt sie heute wieder.

Zurück nach Brandenburg, zum Amt Lenzen-Elbtalaue

Seit der Verwaltungsreform 1952 gehörte das ehemals brandenburgische Lenzen dem Bezirk Schwerin an. Eine Bürgerbefragung im Jahre 1990 zeigte eindeutig, dass die Lenzener eine Rückkehr zum Land Brandenburg wollten. Vor dem Länderwechsel mussten sich die beteiligten Landesregierungen auf einen Staatsvertrag einigen. Er wurde am 1. Juli 1992 von beiden Landesregierungen unterzeichnet. Die am 1. August 1992 zurück gekehrten Gemeinden Besandten, Eldenburg, Lanz, Lenzen, Mellen und Wootz besiegelten am 7. Dezember 1992 gemeinsam mit der Gemeinde Cumlosen den öffentlich-rechtlichen Vertrag für den Zusammenschluss zum Amt Lenzen-Elbtalaue. Das Lenzener Rathaus wurde Sitz der Verwaltung. Eine schrittweise Sanierung dieses Einzeldenkmals von 1713 begann 1994 mit der äußeren Bauwerkssanierung. Im Jahre 2006 fand sie mit der Errichtung eines öffentlichen Zugangs zum handgeschmiedeten Ein-Zeiger-Uhrwerk von 1756 ihren Abschluss. Der Verwaltungssitz im Herzen der Stadt blieb erhalten.

Demokratie als Bauherr – Wiederentdeckung des historischen Stadtkerns

Lenzens Stadtväter beschlossen bereits am 3. September 1990 die Festlegung eines Sanierungsgebietes in ihrer im Jahre 929 zum ersten Mal urkundlich erwähnten Stadt. Bürgermeister Dr. W. Blumenthal schrieb dazu: »... Aber gerade dieser Bereich mit seinen vielen denkmalgeschützten Häusern hat zukünftig innerstädtische, kulturhistorische, ökonomische und somit sozial-geographische Aufgaben neu zu übernehmen. Die alte Ausstrahlungskraft ist zurückzugewinnen.« Schon 1991 wurden erste Fördermittel des Bundes, Landes und der Stadt eingesetzt. Mit Lenzens Rückkehr in das »Mutterland« Brandenburg führte es die Förderung fort. Als erstes kommunales Objekt wurde die frühere Mädchenschule, Schulstraße 10, saniert und das Wohnhaus Kellerstraße 2, fast schon im Zustand einer Ruine, wurde vor dem Verfall gerettet. Viele Objekte warteten auf einer langen Liste und eine Prioritätenliste musste beschlossen werden. Das Sanierungsgebiet

Die sanierte südliche Stützmauer der Burg mit dem aus der Schräglage gehobenen Seitengebäude im Jahre 2002

wurde auf eine Größe von etwa 18,4 ha erweitert. Die Umgebung der St.-Katharinen-Kirche konnte 1997/98 neu gestaltet werden, ihre Sanierung folgte. Der Innenraum wurde zwischen 2005 und 2007 saniert. 2007 konnte die Wiedereinweihung der wertvollen Orgel gefeiert werden. Sie wurde restauriert und so wiederhergestellt, wie Gottlieb Scholtze sie im Jahre 1759 gebaut hatte. Seit 2000 ist Lenzen Mitglied der Arbeitsgemeinschaft »Städte mit historischen Stadtkernen«.

Wendepunkte für Lenzens Burg und Schule – vom Parteiveteranenheim zu einem europäischen Umweltbildungszentrum mit der ehemaligen Schule als Gästehaus

Das Burg-Haupt- und Seitengebäude diente ab 1959 Veteranen der KPD und SED als Alters- und Pflegeheim. Im Jahre 1982 wurde es der Stadt Lenzen übertragen und seitdem war es städtisches Feierabendheim. Das Heimatmuseum hatte im reetgedeckten Fachwerkgebäude der Burg seinen Platz. Nach der politischen Wende ging die Burg an die Eigentümerin Frau Renner zurück. Sie schenkte das Anwesen 1993 dem BUND, Landesverband Niedersachsen, mit der Verpflichtung, es zur

Ansichtskarte aus dem Jahre 1970

Die Burg als Feierabendheim, 1989

Umweltbildung zu nutzen. Die Entscheidung für die Einrichtung eines Europäischen Zentrums für Auenökologie, Umweltbildung und Besucherinformation fiel im Jahre 1996. Für dessen Betrieb wurde ein Trägerverbund Burg Lenzen e.V. gebildet. Nach dem Freizug des Burgkomplexes begannen umfangreiche Sanierungsmaßnahmen. Das Seitengebäude hatte durch den instabilen Burghügel eine Schräglage erlitten. So wurde 1997/98 als erste Maßnahme die südliche Stützmauer saniert. Spannend war 2000/2001 die hydraulische Anhebung des Seitengebäudes um ca. 60 cm. Das Fachwerkgebäude wurde saniert und im Mai 2003 gemeinsam mit dem Burgturm wieder als Burgmuseum eröffnet. Die Sanierung des Haupt- und Nebengebäudes wurde im Jahre 2006 abgeschlossen und der Seminarbetrieb im darauffolgenden Jahr aufgenommen. Wegen Schülermangels wurde 2004 der Unterricht an der Lenzener Schule eingestellt. Die Stadt verkaufte die Schule dem BUND. Die Klassenräume und der großräumige Dachboden wurden zu hellen, modern ausgestatteten Gästezimmern umgebaut. Das Einzeldenkmal wurde so vor dem Leerstand bewahrt.

Wendepunkt(e) für »Deutsches Haus«, Hamburger Straße 49 in Lenzen

Lenzens ältestes Familien- und Reisehotel verlor nach dem 2. Weltkrieg durch die Einrichtung des Sperrgebiets seine Funktion, und nach der politischen Wende »vereinsamte« das für den historischen Stadtkern unverzichtbare Denkmal. Die Rettung des durch Leerstand gezeichneten Gebäudes ist das Ziel eines Vereins. Neun Bürger haben sich darin zusammengeschlossen. 20 Jahre nach der politischen Wende weckt ihr Engagement Hoffnung auf einen Wendepunkt für dieses Haus. ■

Wolfgang Zimmermann, Jahrgang 1943, 1970–2008 evangelischer Gemeindepfarrer in Treuenbrietzen, leitet 1990 den Runden Tisch des Kreises Jüterbog. In den 1970er, 1980er und 1990er Jahren betreibt er engagiert und mit Unterstützung der örtlichen Handwerker den Bauunterhalt der Treuenbrietzener Marienkirche. Eins der Pfarrhäuser gehört zu den ersten denkmalgerecht wiederhergestellten Gebäuden der Stadt nach der Wende und hat Vorbildcharakter. Zur Finanzierung der Turmsanierung in den 1990er Jahren aktiviert er die Bevölkerung der Stadt.

»Die Kirche predigt allein dadurch, dass sie da steht«

»Jeden Balken im Dach des nördlichen Seitenschiffs hatte ich mindestens vier Mal selbst in der Hand, als wir es 1979 erneuerten. Natürlich ging es mir zunächst darum, das Gebäude für die Kirchengemeinde zu erhalten. Dass das gelungen ist, stimmt mich froh. Gerade bei der Turmsanierung war mir aber auch bewusst, welche Bedeutung die Marienkirche darüber hinaus auch für die Stadt hat.
Wichtig ist, dass die Menschen begreifen, dass ein Gebäude nicht nur einen ökonomischen Wert hat. In der Gestaltung des Hauses liegt Lebensqualität. Manche Investitionen rechnen sich erst nach mehreren Generationen. Aber die Häuser befinden sich häufig auch schon lange in Familienbesitz; wir leben mit dem, was andere vor uns geschaffen haben.«

Markus Hennen

Geht es um Bananen oder mehr?

Die politische Wende 1989/90 in Wittstock

In Wittstock fand am 25. Oktober 1989 die erste Demonstration mit weit mehr als 1.000 Bürgern statt. Sprechchöre forderten u.a. »Freie Wahlen!«, »Stasi raus!« und »Stasi in die Produktion!«. Obwohl die Demonstration nicht beantragt war, schritten die Sicherheitsorgane nicht ein. Anschließend stellte sich Bürgermeister Schäfer einer heftig geführten Diskussion. Am 27. Oktober 1989 gründete Superintendent Kurt Zellmer eine ökumenische kirchliche Leitungsgruppe, die in der Kirche Schutzraum für freie Meinungsäußerung gewährte und fortan die Verantwortung für die Friedensgebete trug. Ende Oktober fanden fast täglich im Rathaus sogenannte Rathausgespräche statt. Am 1. November 1989 zogen etwa 2.000 Demonstranten zum Marktplatz und Rathaus. Etwa 1.500 Teilnehmer nahmen am Friedensgebet in der Stadtkirche St. Marien teil. Auch hier wurde angemerkt, dass nur mit einer grundsätzlich neuen Gesellschaftsordnung die Überwindung der Mängel und Missstände möglich sei. Am Friedensgebet und an der Demonstration am 8. November 1989 waren etwa 2.000 Menschen anwesend. Einige Teilnehmer meldeten sich zu Wort, darunter der 1. Kreissekretär der SED, der die Schuld der SED an Mängeln und Missständen einräumte. Auch der Kreisvorsitzende der FDJ betonte den Willen zu Vertrauensbildung und zur Neugestaltung. Pfarrer Karpels Ausführung »Wer nicht lenken kann, soll die Zügel aus der Hand legen« erntete lautstarken Beifall. Am 9. November 1989, als die Grenzübergänge nach Westberlin und Westdeutschland geöffnet wurden, nahmen mehrere hundert Menschen am Rathausgespräch teil. Am 27. November zogen die Initiatoren des Friedensgebetes und des Neuen Forums eine erste Zwischenbilanz. Gefordert wurden freie Wahlen und die Beseitigung der Vormachtstellung der SED. Auf Empfehlung der

Wittstock, Heiligegeiststraße vor der Sanierung

Volkskammer bildete sich in Wittstock am 7. Dezember 1989 eine einstweilige Kommission zur Überprüfung von Amtsmissbrauch, Korruption und persönlicher Bereicherung und im Rathausgespräch bot das Neue Forum seine Mitarbeit im Stadtparlament an.

Am 13. Dezember 1989 fand in Wittstock die erste Sitzung des Runden Tisches mit Vertretern aller Parteien, des Neuen Forums, der Kirchen, des FDGB, der FDJ, des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands (DFD), der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische

Freundschaft (DSF) und des Volkspolizei-Kreisamtes statt und beriet zu Themen wie der Aufrechterhaltung des gesellschaftlichen Lebens und der Schaffung einer Sicherheitspartnerschaft zur Absicherung der Produktion und zum Schutz des gesellschaftlichen und persönlichen Eigentums. Die zweite Sitzung des Runden Tisches fand am 3. Januar 1990 statt. Im Interesse der Demokratie forderte die National-Demokratische Partei Deutschlands (NDPD) mit Unterstützung der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands (LDPD) und des Neuen Forums, dass zukünftig nur die Parteien, das Neue Forum und die kirchlichen Vertreter Sitz und Stimme haben sollten, nicht aber Vertreter der Massenorganisationen, da deren Mandatsträger zum großen Teil Mitglieder der SED waren. Der Vorschlag wurde per Abstimmung angenommen. Darüber hinaus wurde betont, dass die Arbeit auf brennende Fragen zu konzentrieren und die Kontrollfunktion des Runden Tisches konsequent durchzusetzen sei. Außerdem sollte fortan die Kirche als überparteiliche Institution mit dem Vorsitz ohne Stimmrecht betraut werden. Am 24. Januar 1990 fand die dritte Sitzung des Runden Tisches in der Superintendentur statt, in der Superintendent Kurt Zellmer

Wittstock, Ernst-Thälmann-Platz: der Marktplatz in den 1960iger Jahren

Wittstock, St. Marien-Straße 16/18, Markt 2
auf einer historischen Postkarte

zum Vorsitzenden gewählt wurde. Der Runde Tisch tagte insgesamt 12 Mal. Inhaltlich ging es u.a. um aktuelle wirtschaftliche Probleme, um Umweltschutz, um die Vorbereitungen zur Volkskammerwahl am 18. März 1990, um Boden- und Gebäudespekulationen, um Abhörtechnik im Gebäude der SED-Kreisleitung und um Verbesserung des Fernmeldewesens und des Fernsehempfangs, sowie die Vorbereitungen zur Kommunalwahl. In der 12. Sitzung löste sich der Runde Tisch auf, in der festen Überzeugung, die Umbruchsphase auf dem Weg zu wahrer Demokratie aktiv mitgetragen zu haben.

Am 6. Mai 1990 fanden die ersten freien Kommunalwahlen in der DDR statt. An der Wahl zur Stadtverordnetenversammlung beteiligten sich 65,88 % der Wahlberechtigten. In der konstituierenden Sitzung am 31. Mai wurde Lutz Scheidemann, FDP, einstimmig zum Bürgermeister gewählt. Am Vorabend der Wiedervereinigung fand in der St. Marien-Kirche eine Dank- und Fürbittandacht statt. Anschließend feierten die Wittstocker im Rathaus bis in die frühen Morgenstunden des 3. Oktober 1990.

Der Beginn der Altstadtsanierung

Nach 1989 setzte in der Altstadt und auf der sogenannten »Grünen Wiese« eine enorme Bautätigkeit und »baumarktbestimmte« Sanierung ein. Unter anderem ist es dem Engagement des ehemaligen Wittstocker Bürgers Prof. Dr. Klaus Rother aus Heidelberg zu verdanken, dass die anstehenden Sanierungsarbeiten in die städtebaulich gewünschten Bahnen gelenkt werden konnten. Ausgehend von der Klausurtagung mit dem Titel: »Planen – Bauen – Sanieren in Wittstock« kam es bereits 1990 zum Einleitungsbeschluss für die Vorbereitenden Untersuchungen im Untersuchungsgebiet »Altstadt Wittstock«. Nach Abschluss dieser Untersuchungen wurde die Sanierungssatzung 1994 rechtskräftig. Öffentlichkeitsarbeit und regelmäßige Termine zur gezielten Bürgerinformation schufen recht schnell eine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung.

Die Sanierungstätigkeit kam insgesamt gut voran, doch spätestens zum Jahrtausendwechsel wurde deutlich, dass sich der Mangel an Wohnraum in ein Überangebot gewandelt hatte. Obwohl im Jahr 2001 19 % der

Hauptgebäude im Sanierungsgebiet Altstadt leer standen, belegte eine Mieterumfrage im Rahmen des Stadtumbaus, dass die Altstadt im Vergleich zu den Vorstädten der beliebteste Wohnstandort sei. In den Folgejahren wurde immer wieder mit Freude zur Kenntnis genommen, dass sanierte Objekte schnell neue Nutzer fanden. Der Rückgang an privater Bautätigkeit konnte in den vergangenen Jahren durch ein verstärktes Engagement der Gebäude- und Wohnungsverwaltung Wittstock/Dosse GmbH (GWV) aufgefangen werden, welche heute wichtigster und größter Bauträger in der Sanierung der Altstadt von Wittstock ist.

Zwischenbilanz und Ausblick

Die Sanierungstätigkeit in der historischen Altstadt Wittstock und die Kooperation im Programm Stadtumbau Ost haben sich als wesentliche und tragende Säulen der Stadtentwicklung erwiesen. Das größte Projekt war bislang der Ausbau der ehemaligen Paulschen Tuchfabrik zum »Neuen« Sitz der Stadtverwaltung. Die Stadtverwaltung steht heute als sichtbares Vorbild dafür, wie ernsthaft und engagiert sich die Stadt für die Vitalisierung der Wittstocker Altstadt insgesamt einsetzt. In jüngster Zeit kann man insbesondere von ehemaligen Wittstockern, die hier auf Besuch sind, Äußerungen hören wie: »So schön war Wittstock noch nie!«

Bei der Sanierung der Altstadt, insbesondere bei der Entwicklung und Umsetzung von modellhaften Lösungen, hat die Stadt zahlreiche Unterstützung durch das Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung und das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg und das Brandenburgische Landesamt für Denkmalpflege und Archäologische Landesmuseum erfahren. Bis zum voraussichtlichen Abschluss der Sanierung im Jahre 2016 werden noch viele weitere Sanierungsaufgaben in Angriff genommen, u.a. die Umgestaltung des Marktplatzes sowie die Umnutzung und Sanierung des Gebäudekomplexes der ehemaligen Wegenerschen Tuchfabrik. ■

Perleberg 2008

Heinz-Dieter Heimann

Was bleibt? Zur Rückkehr der »alten Stadt« in das kulturelle Gedächtnis

Ein Rundgang durch die Städte mit historischen Stadtkernen im Land Brandenburg ist zugleich ein Rundgang durch Deutschlands Vergangenheit und europäische Geschichte. Im unterschiedlichen Verlauf dieser Wegstrecken im Grundriss der Städte wird damit Ort für Ort augenfällig, dass Geschichte nie so bleibt wie sie war.

Auch Jubiläen haben ihre eigene Geschichte, und deren Feiern sind keineswegs selbstverständlich. »Kaisers Geburtstag« zu feiern, ist uns Heutigen nur mehr als sprichwörtliche Redensart bekannt. Andere politische Gedenktage in der Vergangenheit verbanden oder teilten die deutschen Gesellschaften. Der Rundgang durch die Städte vergegenwärtigt also auch unterschiedliche Gedächtniskulturen, die 60 Jahre Grundgesetz der Bundesrepublik (23. Mai 1949) und die friedliche Revolution von 1989 durch die Opposition in der DDR einschließen. Folglich hat man einen »vagabundierenden Identitätsbedarf« (Werner Weidenfeld) zu registrieren und Fernwirkungen historischer Jubiläen und Gedenkanlässe einer Gesellschaft, in der somit verschiedenartige Vergangenheiten präsent sind. Und diese reichen oftmals weiter in die Geschichte zurück, als sie allein der Gedächtnisraum zeitgeschichtlicher Erinnerung bemisst. Was bleibt?

Aufs Ganze gesehen so viel: Historische Jubiläen stiften Gemeinschaften und deren Auswahl und Inszenierung als staatliche Gedenktage organisieren nicht einfach nur Geschichte, sondern sie ordnen in der jeweiligen Erinnerungspolitik die Geschichte auch neu. Geschichtsaneignung und das kulturelle Gedächtnis einer Gesellschaft bieten über das aktuelle Jubiläum hinausreichende Zugänge zu deren kulturellem Erbe. Die revitalisierten historischen Stadtkerne bieten sich als Schaufenster einer weiterreichenden Geschichtsver-

Ausstellungseröffnung »WendePunkte« in Jüterbog

mittlung an, deren Inhalte und Bedeutungen mehr bedeuten können, als dass sie kulturtouristische Angebote liefern. Sie sind im zeitgeschichtlichen Anlass begehbare Resultate der Demokratiebewegung und damit manifeste Hinweiszeichen auf die anhaltende Verantwortung der Bürger für das baukulturelle Erbe als Ausweis bürgerschaftlich-kommunalen und geschichtspolitischen Selbstbewusstseins.

Wer deren Wurzeln sucht, wird freilich über die Geschichte der jüngeren Bundesrepublik hinaus auch auf Normen der Staatsverfassungen seit dem 19. Jahrhundert verwiesen, auf die Geschichte des Denkmalschutzgedankens im Bildungsverständnis des Bürgertums, auf kommunale Leitideen schließlich, die die europäische Städtebaukultur seit der Expansion des Städtewesens im 12./13.Jahrhundert auszeichnen. Auf Grund solch weitreichender Kontinuitäten speist sich das kulturelle Gedächtnis und Herkunftsbewusstsein in den Städten nicht zuletzt auch aus religiösen Weltanschauungen, Werten und Normen, die das Geschichtsverständnis in den Städten mitformen. So finden sich auf dem Stadtrundgang auch dafür Belege in den WendePunkten von 1989, nämlich in den (Pfarr-, Stifts- und Kloster-) Kirchengebäuden. Zeitlich früher als Rathäuser wurden sie mit den Städtebildungen zu Quellorten kommunaler Gemeinschaft. Und 1989 war zweifellos eine Revolution, die aus der Kirche kam. Sie wie auch die mit ihnen im Stadtgrundriss oft eng verbundenen öffentlichen Plätze und Bürgerhäuser wurden in der Demokratiebewegung als Träger stadtkulturellen Eigensinns und kommunalen Selbstbewusstseins neu angenommen.

Und diese Spur führt weiter. Die Suche nach historischer Orientierung in kulturellen Überlieferungen gehört zu den momentanen Grunderfahrungen des erfahrenen gesellschaftlichen Wandels. Unübersehbar ist ein Bedürfnis nach Neuaneignung angemessen bedachter Stadtgeschichte. Historische Jubiläen verändern Geschichte und umgekehrt. Landesweit drängen orts- und stadtgeschichtliche Jubiläen auf die politische Bühne, so sehr, dass man im Land geradewegs stadtgeschichtliche Gründungsmythen teils erfindet, teils neu nachschreibt, um der Stadt und ihren heutigen Einwohnern über ein reklamiertes hohes historisches Alter einen Anspruch besonderer Bedeutung zu vermitteln. Warum aber nur? Die Antwort bleibt hier vorläufig, aber die WendePunkte geben deren Richtung vor. Die Nachfrage nach Geschichte im Kleinen verweist auf einen einzulösenden Bildungsanspruch, auf neu zu erarbeitende stadtgeschichtliche Darstellungen und entsprechende historische Ausstellungen. Erinnerung braucht solche Orte. Nach den Zeugnissen »sozialistischer Heimatgeschichte«, die vielerorts Stadtgeschichte noch als kleine DDR-Nationalgeschichte auswies und »1917« zum Epochenjahr möglichst jeder Stadtgeschichte machte, folgt heute aus der Demokratiebewegung auch ein Anspruch auf eine neue Heimat- und Stadtgeschichte als Form der Wiederaneignung einer ehedem zerschlagenen historischen Stadtkultur- und Geschichtslandschaft. Die in den WendePunk-

ten von 1989 in Gang gekommene Neuaneignung der Städte als kommunaler Lebensraum, begründet heute Ansprüche, von einem »Bürgerland Brandenburg« zu sprechen. Noch mehr aber wird man damit auf das Land und seine »alten« Städte als ein Erinnerungsneuland verwiesen. Das bleibt.

Im Schlussbericht der Enquete-Kommission »Kultur in Deutschland« des Deutschen Bundestages vom Dezember 2005 wird der wieder entdeckte kulturelle Reichtum gerade der jungen Bundesländer herausgestellt als Verpflichtung für das demokratische Gemeinwesen. Dazu zählen auch die nach der Wende 1989 revitalisierten historischen Stadtkerne. Das ist nun kein angemessener Anlass, auch den Wiederauf- und Umbau der Städte in West- und Ostdeutschland in der Nachkriegszeit gegeneinander zu bilanzieren. Dabei gilt auch auf diesem Feld kulturellen Wandels: Innovation ist der Fetisch der Moderne. Gemessen daran irritiert auch das aktuelle Resultat der erneuerten historischen Stadtkerne: Das Neue provozierte hier das Alte! Was immer man aktuell über den städtebaulichen Denkmalschutz in die deutsch-deutsche Jubiläumsbilanz hineinrechnet, das Streiten um das Städtebild gerät unversehens zum Spiegel des Umgangs mit dem gesamten urbanen baukulturellen Erbe jeder einzelnen Stadt und der demgegenüber für zeitgemäß erklärten Moderne. Dazu nur dies: Alexander Mitscherlich prangerte 1965 zivilisationskritisch »Die Unwirtlichkeit unserer Städte« an, dem Jobst Siedler 1967 mit der bewusst provokant gestalteten Schrift »Die gemordete Stadt« mit kritischem Blick auf die Baukultur Berlins folgte. Die dort reflektierten ästhetischen und kulturpolitischen Maßstäbe menschenwürdigen Stadtlebens haben bis heute Gewicht. Vor diesem Horizont bleibt festzuhalten, dass der städtebauliche Denkmalschutz in der DDR, zumal in den kleinen Städten, politisch immer weniger wert war, wie man ebenso festhalten muss, dass sich einzelne Personen und gegen Ende der DDR größere Kirchen-, Umwelt- und Bürgerrechtsgruppen gegen den offensichtlichen Verfall des bauhistorischen Erbes in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft zur Wehr setzten. Zur Demokratiebewegung in der DDR gehört ein wachsender Wille zur Rettung historischer Stadtkerne. Deshalb transportieren die heute in den Auslagen der Buchhandlungen vorliegenden »Stadtporträts« im Vorher-Nachher-Abbildformat keinerlei Anregungen einer DDR-»Ostalgie«. Die WendePunkte weisen Stadt für Stadt bürgerschaft-

Ausstellungseröffnung »WendePunkte« in Lenzen

lich vorgetragene Ansprüche auf menschenwürdige Stadtquartiere aus.

Und in Zukunft? Jede einzelne Stadt mit historischem Stadtkern repräsentiert in ihrer Stadtgestalt und umlandpolitischen Zentralität nicht nur symbolische Pfründe. Und so resultiert ihre wiedergewonnene Urbanität, so überschaubar sie auch ausfallen mag, nicht allein aus zeitgemäßen Entwässerungs- und Beleuchtungssystemen. Vielmehr gründet sie in der Anerkennung der historischen Parzelle als Kategorie der Denkmalpflege und Stadterneuerung, so dass zwischen historischem Marktplatz und Stadtummauerung ein kleinteilig organisiertes Lebensumfeld dauerhaft neu erschlossen wurde. Von daher bauen sich mannigfach baustiltypisch und angemessen elegante Häuserzeilen und Ensembles auf, womit nichts weniger als der Stadtgrundriss selbst, die Stadtgestalt also, wieder als ein erlebbarer Geschichtsraum soziale und kulturelle Aneignung ermöglicht. Der Grundriss der historischen Stadt, die man im 19. Jahrhundert als »Alte Stadt« neu annahm und die so in das kulturelle Gedächtnis einging, lässt sich als begehbare geschichtliche Quelle aneignen – mit Zugangschancen zurück bis zu den siedlungs- und kommunalgeschichtlichen Anfängen jeder einzelnen Stadt im Mittelalter. Die Mehrzahl der brandenburgischen Städte entstand zwischen dem 12. und dem frühen 14. Jahrhundert vielfach durch deutsche Neusiedlerzuwanderungen, womit in neuartigen Wirtschafts-, Rechts-, Siedlungsformen und einem frühen Bürgertum eine neue Kulturlandschaft entstand. Folglich sind in den Stadtgrundrissen nun auch diese Transferleistungen (wieder) dauerhaft »nachzulesen«. Die denkmalhistorisch erneuerten Stadtkerne sind Träger von Bedeutungen und Erinnerungen. Ihre in den vergangenen 20 Jahren ermöglichte Wiederaneignung fällt daher zusammen mit einer Neuaneignung der Ursprünge europäischer Städtebaukultur vor Ort. Die Rückkehr der »historischen Stadt« ins kulturelle Gedächtnis, Resultat der politischen Wende von 1989 und der Wiedervereinigung, bietet Identitätsbildungen an, deren Reichweiten sich momentan nur soweit abschätzen lassen, dass sie stärker denn je nachgefragt werden.

In ferneren Zeiten, in 10, 20 Jahren, wird man neuerlich darüber befinden, wie weit die in der politischen Wende von 1989 ermöglichte Rückkehr der »historischen Stadt« ins kulturelle Gedächtnis der gegenwärtigen Gesellschaft im Wandel Bestand gewonnen hat. Werden dann künftig das Jubiläum der Bundesrepublik Deutschland und die Wiedervereinigung wieder bilanziert werden, so wird man auch erneut festhalten, Geschichte bleibt nie so wie sie war. Das wird dann wohl in den Städten mit historischen Stadtkernen nirgendwo augenfälliger sein als in ihren WendePunkten von 1989. ■

Bischofsresidenz Burg Ziesar, Eröffnung der Dauerausstellung im Museum für brandenburgische Kirchen- und Kulturgeschichte des Mittelalters am 13. Mai 2005

Jürg Sulzer

Historische Innenstädte im Jahr 2030

Nationale Stadtentwicklungspolitik bringt Prosperität für die Städte

Wir schreiben das Jahr 2030 und blicken zurück auf 2010. Dank der beiden weitsichtigen Förderprogramme Städtebaulicher Denkmalschutz und zehn Jahre Stadtumbau-Ost erlangten die historischen Altstädte in Ostdeutschland nach der politischen Wende eine chancenreiche Zukunft. Trotzdem ergaben sich im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts kontroverse Diskussionen über den Umgang mit leerstehenden Altstadtbauten und gründerzeitlichen Stadtquartieren. Aus der Perspektive des Jahres 2030 ist es unverständlich, weshalb in den ersten Jahren des Programms Stadtumbau-Ost die demografischen Prognosen fast ausschließlich zahlenmäßig interpretiert wurden. Statt die strukturellen Probleme der Städte von außen nach innen zu lösen, erfolgte je nach örtlicher Situation oft ein konzeptionslos erscheinender Abriss leer stehender Häuser. Dank des städtebaulichen Denkmalschutzes wurde dieses fehlgeleitete Vorgehen in den historischen Innenstädten relativ rasch erkannt. In gründerzeitlichen Stadtteilen verstärkte sich dagegen der Abrissdruck und es zeichneten sich immer mehr durchlöcherte städtebauliche Ensembles ab (Abb.1). Vielerorts hat man den Eindruck, dass der Zweiten Moderne mit ihrem Vereinheitlichungsanspruch des Lebens der Menschen in der Stadt nochmals zum Durchbruch verholfen werden sollte. Aus den unzähligen damaligen Studien zur Stadtschrumpfung haben wir heute im Jahr 2030 gelernt, dass Modedebatten zu kurz greifen und nicht geeignet sind, mit dem städtebaulichen Erbe zukunftsweisend umzugehen. Es bedarf stets einer sachlichen und ganzheitlichen Abwägung auf politischer und fachlicher Ebene.

Im Rückblick von 20 Jahren zeigt sich der richtungweisende Charakter der damals neuen Nationalen Stadtentwicklungspolitik des Bundes. Die Stadtumbaupolitik wurde zu-

sammen mit den involvierten Bundesländern nach dem Jahr 2006 auf eine neue qualitative Ebene gehoben. Diese klare Kurskorrektur ist der eigentliche Wegbereiter für die Prosperität der historischen Innenstädte, die heute, im Jahr 2030, über einen großen Nachfragedruck nach unterschiedlichen Wohn- und Arbeitsformen verfügen. In den vergangenen zwei Jahrzehnten hat es sich als enormer Vorteil erwiesen, dass nur noch ganz wenige alte Häuser aufgrund ihres Leerstands abgerissen wurden. Die historischen Bauten bieten Platz und generieren zu Keimzellen einer nachmodernen Gesellschaft, die vielfältigen Ansprüchen gerecht werden können (Abb.2). Dank eines neuen bürgerschaftlichen Selbstverständnisses werden schrittweise Chancen ergriffen, die der damalige Bundesbauminister mit seiner Nationalen Stadtentwicklungspolitik vorgezeichnet hatte. Unzählige Einzelinitiativen führten zu vielfältigem und neuem Leben in alten Bürgerstädten. Eine integrierte Betrachtung hat sich durchgesetzt. Als eine positive Folge der Wirtschaftskrise ab 2008 kommt es zudem zu einer grundlegenden Rückbesinnung auf mehr örtliche Verbundenheit, Kleinteiligkeit von Stadtumbaumaßnahmen und regionale Wirtschaftskreisläufe. Ohne provinziell zu wirken, haben sich in diesem Zusammenhang viele Mittelstädte von einem veralteten Konzept der frühen 2000er Jahre abgewendet. Damals glaubten sie, dass

1 Perforierte städtebauliche Ensembles bringen Anonymität und Entwurzelung

sich – in Nachahmung vieler Großstädte – mit dem Abriss alter Häuser und der Realisierung internationaler Investoren-Labels von Stararchitekten inmitten historischer Städte neue Entwicklungschancen eröffnen. Statt dessen mussten viele Städte in den 2020er Jahren einen überproportional hohen finanziellen Erhaltungsaufwand für derartige Objekte beisteuern, ohne dass ein nachhaltiger Gewinn je erreicht wurde.

Natürlich war die wohnungswirtschaftliche Situation in den ostdeutschen Mittelstädten für viele Eigentümer von innerstädtischen Liegenschaften mit Risiken verbunden und erforderte oft viel Mut und Zukunftsglaube, um neue Wege zu gehen. Die damalige Debatte um die demografische Entwicklung hatte eben kaum gewichtet, was der Frankfurter Sozialwissenschaftler, Karl Otto Hondrich im Jahr 2007 mit Weniger sind Mehr erklärte: Weniger Nachwuchs sollte auch als Chance einer Gesellschaft verstanden werden. Der demografische Wandel führt zu mehr Platz und kann mehr Wohlstand bringen, so seine These. Das Problem der Überalterung beurteilte auch die Neue Zürcher Zeitung bereits im Jahr 2008 nüchtern. Sie erwähnte, dass für die Alterssicherung nicht die Fertilität zu fördern sei, sondern die spätere Produktivität der vorhandenen Kinder, was heißt, in eine gute Bildung sei zu investieren. Damit, so die NZZ vor gut 20 Jahren, bekommt die Vorstellung von größeren Wohnungen und mehr Platz für alle in den Städten – kurz die schrumpfende Gesellschaft – ein durchaus sympathisches Antlitz. Beide Positionen waren frühe Voten zur Versachlichung der Thematik und eine weitsichtige Vision, die inzwischen selbstverständlich geworden sind.

Die damals aktuellen Einzelthemen wie Energiesparen, Klimawandel und Stadtumbau machten es auch den Behörden nach dem Jahr 2010 nicht leicht, von ihren traditionell sektoralen Denkstrukturen abzuweichen, um integrativ zu handeln. Die Stadt Zürich beispielsweise formulierte bereits 2008 ein interessantes Vorgehen zur integrierten Entwicklung. Sie erhob die »2000-Watt-Gesellschaft« zum Entwicklungsziel, um die vernetzten Folgewirkungen in den Mittelpunkt des politischen Handelns zu stellen: Umwelt- und Klimaschutz, Energiesparen, Denkmalschutz, Infrastruktur, Verkehr und Stadtumbau können auf dieser Grundlage ganzheitlich bilanziert werden. Dank der öffentlichen Haushaltsengpässe – eine Folge der Finanzkrise – gelang auch in Deutschland der Durchbruch: Mit integrierten Stadtumbaukonzepten konnte trotz weniger öffentlicher Fördermittel weit mehr Qualität erreicht werden als mit der alten sektoralen Mittelvergabepolitik. Gerade die historischen Mittelstädte haben ihre Chancen genutzt, indem sie den jüngeren Stadtbewohnern mit ihren veränderten Lebenssituationen neue Entwicklungsspielräume in historischen Innenstädten eröffneten. Die vielfältigen Lebensstilgruppen bevorzugen urbane Orte, weil sich dort eine Balance zwischen prekär gewordenen Arbeitsmöglichkeiten und flexiblen Formen des sozialen Zusammenlebens herstellen lässt. Es ist deshalb nahe liegend, dass die Chancen einer neuen

2 Historische Innenstädte: Keimzellen einer umweltgerechten Nachmoderne

Urbanität ostdeutscher Städte auch eine Folge moderner Erwerbsarbeit (flexibel, befristet, in kleinen Einheiten) und nachmoderner Lebensstile (Patchwork-Familie, flexible Beziehungen, enge Verknüpfung von Wohnen und Arbeiten) sind (Abb.3).

Aus der Sicht des Jahres 2030 hat sich die Revitalisierung der historischen Innenstädte als äußerst positiv erwiesen. Umso bedeutender ist es, dass der Fragmentierung der Städte an ihren Rändern bereits in den frühen 2010er Jahren konsequent entgegengewirkt wur-

de. In Teilen einzelner Stadtrandsiedlungen zeichnete sich nämlich eine soziale Distanz zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen bis hin zur Stigmatisierung und Ausgrenzung ab. Insofern bleibt die ganzheitliche Stadtrevitalisierung bis ins Jahr 2030 eine sensible Daueraufgabe. Ähnlich der ersten Initiative Nationale Stadtentwicklungspolitik konnte in den frühen 2010er Jahren ein zweites Nationales Entwicklungsprogramm zur Intensivierung des sozialen Zusammenhalts der Stadtgesellschaft initiiert werden. Im Ergebnis verfügen die historischen Innenstädte in Ostdeutschland heute über eine soziale und ökonomische Stabilität, die zu einer ungeahnten Prosperität der Städte führte, welche in den Stadtschrumpfungsdebatten der frühen 2000er Jahre kaum noch in Erwägung gezogen wurde. ■

3 Frühe Ideen – neue Urbanität in historischen Innenstädten

Brandenburg an der Havel 2004

Die Autoren

Michael Bräuer
Geb. 1943. Architekt und Stadtplaner. Bis 1990 Chefarchitekt des Büros für Stadtplanung beim Rat der Stadt Rostock. 1990 Staatssekretär für Raumordnung, Städtebau und Architektur der letzten DDR-Regierung. Seit 1992 Vorsitzender der Expertengruppe »Städtebaulicher Denkmalschutz« beim Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. Mitglied der Akademie der Künste Berlin, Abt. Baukunst.

Sascha Bütow
Geb. 1983. Studium der Geschichte, Germanistik und Philosophie an der Universität Potsdam.

Elfi Czaika
Geb. 1957. Stadtplaner. Planungsgruppe Werkstadt Stadtplaner und Architekten, Berlin. Planung und Beratung im Rahmen der Sanierung u. a. für die Stadt Belzig.

Hathumar Drost
Geb. 1963. Dipl.-Pädagoge und Städtebauer BDB. Geschäftsführender Gesellschafter der complan Gesellschaft für Kommunalberatung, Planung und Standortentwicklung mbH, Potsdam. Seit 2003 Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft »Städte mit historischen Stadtkernen« des Landes Brandenburg und seit 2008 Leiter der Bundestransferstelle Städtebaulicher Denkmalschutz. Mitglied im Kuratorium des Kulturland Brandenburg e.V.

Prof. Dr. Manfred Görtemaker
Geb. 1951. Studium der Geschichte, Politikwissenschaft und Publizistik in Münster und Berlin. 1977 Promotion, 1990 Habilitation. Seit 1993 Professor für Neuere Geschichte an der Universität Potsdam.

Prof. Dr. Heinz-Dieter Heimann
Geb. 1949. Studium der Germanistik und Geschichte an der Ruhr-Universität Bochum, 1981 Promotion zum Dr. phil., 1988 Habilitation. Seit 1994 Professor für Geschichte des Mittelalters der Universität Potsdam.

Markus Hennen
Geb. 1959. Dipl. Volkswirt, Geschäftsführer der Bruckbauer & Hennen GmbH, Jüterbog. Arbeitsschwerpunkte Stadtentwicklung, Sanierung und Konversion, dabei u.a. Sanierungsträger in der Stadt Jüterbog für die mittelalterlichen Vorstädte und Wallanlagen, Sanierungsbeauftragter der Stadt Wittstock/Dosse. Fachliche Begleitung und Unterstützung des Forums für Konversion und Stadtentwicklung (FOKUS) und des Konversionssommers im Land Brandenburg.

Felix Henze
Geb. 1986. Studium der Geschichte und Vergleichenden Religionswissenschaften an der Universität Potsdam.

Margit Hülsebeck
Geb. 1953. Dipl.-Ing. (FH) für Wasserbau. Amtsleiterin Bauamt, Amt Lenzen-Elbtalaue.

Norbert Jannek
Geb. 1965. Ausbildung zum BMSR-Techniker. 1989 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Kreismuseum Jüterbog, seit 1992 Leiter des Museums.

Michael Knape
Geb. 1970. Seit 2002 Bürgermeister der Stadt Treuenbrietzen, seit 2008 Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft „Städte mit historischen Stadtkernen“ des Landes Brandenburg.

Günter Köpping
Geb. 1936. Diplom-Architekt. Langjähriger Mitarbeiter am Institut für Denkmalpflege der DDR und von 1990 bis 1999 am Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseum als Gebietsreferent Praktische Denkmalpflege.

Rainer Lehmann
Geb. 1949. Stadtplaner. Bis 1990 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Städtebau und Architektur der Bauakademie der DDR, Abteilung Stadtzentren. Geschäftsführer der ews Stadtsanierungsgesellschaft mbH, Berlin. Sanierungsträger u. a. der Stadt Kyritz.

Dr. Joachim Müller
Geb. 1961. Studium der Kunstgeschichte, Klassischen Archäologie und Geschichte in Würzburg und Köln. Promotion 1992. Seit 1993 Stadtarchäologe in der Stadt Brandenburg an der Havel.

Hans-Joachim Stricker
Geb. 1962. Dipl.-Ing. Stadt- und Regionalplanung. Seit 1995 Referent im Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung des Landes Brandenburg, dort seit 2009 im Referat Bautechnik, Energie, Bau- und Stadtkultur.

Prof. Dr. -Ing. Jürg Sulzer
Architektur- und Städtebau-Studium an der Hochschule der Künste und TU Berlin. Promotion 1977, danach Stadterneuerung in Berlin. Von 1983 bis 2004 Direktor Stadtplanung Stadt Bern. Seit 2004 Professor für Stadtumbau und Stadtforschung an der TU Dresden und Leiter des Görlitz Kompetenzzentrums Revitalisierender Städtebau (Stiftungsprofessur der Deutschen Stiftung Denkmalschutz).

Uta Walch
Geb. 1972. Dipl.-Ing. Stadt- und Regionalplanung. Mitarbeiterin bei complan Kommunalberatung Gmbh, Potsdam, freie Mitarbeiterin beim Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseum.

Dr. Martina Weyrauch
Geb. 1958. Studium der Rechtswissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin, 1986 Promotion. Seit 2000 Leiterin der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung.

Corinna Wilhelm
Geb. 1969. Dipl.-Ing. Stadt- und Regionalplanung. Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung des Landes Brandenburg, Referat Städtebau und Wohnraumförderung.

Ernst Wipprecht
Geb. 1938. Architekt. Langjähriger Mitarbeiter am Institut für Denkmalpflege der DDR und ab 1990 am Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseum als stellvertretender Landeskonservator und Leiter der Abteilung Praktische Denkmalpflege. Als denkmalpflegerischer Fachberater von Anfang an eingebunden in die fachliche Begleitung der Arbeitsgemeinschaft »Städte mit historischen Stadtkernen« des Landes Brandenburg.

Bildnachweis

Amt Lenzen-Elbtalaue: S. 88 rechts

BIG STÄDTEBAU M-V GmbH, U. Rogal: S. 90

Bischofsresidenz Burg Ziesar: S. 103

Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum, Bildarchiv:

- Dieter Möller: S. 56
- Joachim Fitz: S. 38
- Regina Wunder: S. 40

Bruckbauer & Hennen GmbH, Archiv: S. 95, 96

complan Kommunalberatung GmbH: S. 11, 12, 102

ews Stadtsanierungsgesellschaft mbH Berlin: S. 79, 82 rechts

Karlheinz Escholz, Doberlug: S. 66

Oliver Franke: S. 83 oben rechts

Fricke, Frankfurt/Oder: S. 29

Görlitz Kompetenzzentrum Revitalisierender Städtebau: S. 105, 107, 108

Heimatmuseum Stadt Lenzen: S. 91

Holger Hinz, Kyritz: S. 83 oben links, S. 83 unten rechts

Werner Hinz, Kyritz: S. 82 links, S. 83 unten links

Harald Hirsch / Klaus Fahlbusch, Potsdam: S. 52 unten, S. 74

Kulturhistorisches Archiv der Stadt Jüterbog, Museum im Kulturquartier Jüterbog: S. 37, 70, 71, 72, 73, 75

Mathias Marx, Geltow: S. 9, 17, 21 f., 45, 46, 47, 89, 99, 109

Joachim Müller, Brandenburg: S. 57

Werner Poeck, Gartow: S. 87, zur Verfügung gestellt durch Peter Stockmann, Lenzen

Hans-Uwe Salge: S. 58, 59, 61

Fotostudio Schöpp, Amt Lenzen-Elbtalaue: S. 86

Stadt Belzig: S. 52 oben

Stadt Kyritz: S. 81

WE_werk, Netzwerk für Gestaltung, Weimar: S. 100

Weißgerbermuseum der Stadt Doberlug-Kirchhain: S. 64, 67

Jochen Wermann, Berlin: S. 18, 24, 34, 42, 48, 54, 62, 68, 76, 84, 92

Axel Wilser, Cumlosen: S. 88 links

Ernst Wipprecht, Berlin: S. 27, 30, 31, 32
Archiv Wittstock/GWV: S. 97
Gerhard Zwickert, Berlin: S. 53

Bildquelle: S. 65: Plan von Schloss und Stadt Dobrilugk. In: Pläne von Schlössern und Städten der Niederlausitz und einiger Nachbargebiete. Atlas der Niederlausitz. BLHA Potsdam. AKS, Nr. 1463, Bl. 22.

Titel: Brandenburg an der Havel, Altstädtische Fischerstraße 10-11.
Foto: Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum, Bildarchiv: Dieter Möller, 1993
Rückseite: Brandenburg an der Havel, Altstädtische Fischerstraße 10-11.
Foto: Henry Hajdu, Potsdam, 2009

Abkürzungen

BauGB	Baugesetzbuch
BHG	Bäuerliche Handelsgenossenschaft
BUGA	Bundesgartenschau
BUND	Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
DFD	Demokratischer Frauenbund Deutschlands
DSF	Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
LPG	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft
NVA	Nationale Volksarmee
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
Stasi	umgangssprachlich für das Ministerium für Staatssicherheit der DDR (MfS)
WBS 70	Wohnungsbauserie 70

Impressum

Arbeitsgemeinschaft
»Städte mit historischen Stadtkernen«
des Landes Brandenburg

Herausgeber:
Arbeitsgemeinschaft »Städte mit historischen Stadtkernen« des Landes Brandenburg
Geschäftsstelle c/o complan Kommunalberatung GmbH, Voltaireweg 4, 14469 Potsdam
info@ag-historische-stadtkerne.de
www.ag-historische-stadtkerne.de

Brandenburgische
Landeszentrale für
politische Bildung

Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung
Heinrich-Mann-Allee 107, 14473 Potsdam
info@blzpb.brandenburg.de
www.politische-bildung-brandenburg.de

Inhaltliches Konzept:
complan Kommunalberatung GmbH / Hathumar Drost, Uta Walch

Redaktion:
Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung / Gabriele Voigt
complan Kommunalberatung GmbH / Uta Walch

freiheit gleichheit brandenburg
kulturland brandenburg 2009

Ein Projekt im Rahmen von Kulturland Brandenburg 2009
»Demokratie und Demokratiebewegungen«

Universität Potsdam

In Kooperation mit der Universität Potsdam,
Historisches Institut der Philosophischen Fakultät

LAND BRANDENBURG
Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung

Die Publikation wurde aus der Konzessionsabgabe Lotto durch das Ministerium
für Infrastruktur und Raumordnung des Landes Brandenburg gefördert.

© by Arbeitsgemeinschaft »Städte mit historischen Stadtkernen« des Landes Brandenburg

Erstausgabe, 1. Auflage

Alle Rechte vorbehalten

Gestaltung und Herstellung:
Anja Gollor, Henry Hajdu

Druck:
Druckerei Arnold, Großbeeren

Wende punkte.

Für die Städte mit historischen Stadtkernen im Land Brandenburg war der politische Umbruch im Herbst 1989 zugleich der Wendepunkt im Umgang mit den historischen Bauten. Zu diesem Zeitpunkt war der Verfall der historischen Stadtkerne offensichtlich, ihre bauliche Geschlossenheit hatten sie jedoch weitgehend bewahrt. Mit der wiedererlangten kommunalen Eigenständigkeit und dem couragierten Einsatz der Menschen wurden die Weichen für die Stadtentwicklung neu gestellt. Im Jahr 2009 wurde in zahlreichen Städten zurückgeschaut: auf die Zeit vor der Maueröffnung, auf die Ereignisse der politischen Wende und auf den Beginn des Städtebaulichen Denkmalschutzes.

freiheit gleichheit brandenburg
kulturland brandenburg 2009